

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Bornhorts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 291

Der Parteitag in Kiel beendet.

Neuwahl des Parteivorstandes. - Ehrung für Mollenbuhr und Adolf Braun. Das Agrarprogramm angenommen.

Kiel, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Parteitag ist am Schluß seiner Arbeiten angelangt. Heute vormittag wurde das Ergebnis der Wahlen für die leitenden Körperschaften bekanntgegeben. Mit besonderem Beifall wurde begrüßt, daß Genosse Vogel-Kürnberg mit einer der höchsten Stimmenzahlen in den Parteivorstand delegiert worden ist. Mit ihm ist Genosse Max Westphal neugewählt worden.

Crispien gab hierauf den Bericht über die Arbeiten der Sozialistischen Internationale. Er wies mit Nachdruck darauf hin, daß die Sozialdemokratie sich keinerlei Illusionen über die Unvollkommenheit des Völkerbundes hingibt, aber sie unterstützt diese Einrichtung, weil sie der Ueberzeugung ist, daß ein solches Instrument zur Verständigung der Völker untereinander unbedingt notwendig ist. Er betonte, daß natürlich die Selbständigkeit der Politik der sozialistischen Parteien unter allen Umständen gewahrt werden müsse.

In der kurzen Aussprache wies Genosse Breitscheid darauf hin, daß die Politik Stresemanns nicht die Politik der Arbeiterklasse gewesen sei. Wenn sie trotzdem von der Sozialdemokratie unterstützt wird, so geschieht das aus dem Grunde, weil jede Verständigungsmöglichkeit zwischen den Völkern, unbeschadet unserer eigenen sozialistischen Ziele, gefördert werden müsse.

Die Vertreter des Rheinlandes und des Saargebietes schilderten in eindringlicher Weise die Lage der dortigen Bevölkerung. Der Parteitag beschloß unter lebhaftem Beifall die Absendung eines Telegramms an den amerikanischen Botschafter in Berlin, in dem die nachmalige Nachprüfung der Urteile gegen die Italiener Sacco und Vanzetti gefordert wird.

Darauf gab Genosse Georg Schmidt den Bericht der Agrarkommission. Er konnte mitteilen, daß die Kommission sich einmütig auf dem Boden des dem Parteitag vorgelegten Entwurfes zusammengefunden hat.

Um 1/2 Uhr hat der Parteitag seine Beratungen geschlossen. Nach der einstimmig erfolgten Annahme des Agrarprogramms hält Genosse Weis eine kurze Schlussrede. Er weist auf den unvergleichlich schönen Empfang hin, den die Kieler Parteigenossen, die Männer ebenso wie die Frauen, insbesondere aber die Jugend und die Kinder des Kieler Proletariats dem Parteitag bereitet haben. Der Kieler Parteitag sei zu einem Erlebnis für jeden Teilnehmer geworden.

Er warf dann einen Rückblick auf die Verhandlung und gedachte besonders der Rede Hilferdings, die ein gewaltiger Hymnus auf die Weltanschauung des Sozialismus gewesen sei.

Mit einem anfeuernden Schlusswort endete Weis. Zum Schluß sangen die Delegierten den Sozialistenmarsch.

Fünfter Verhandlungstag.

Kiel, den 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Sitzung des Parteitages wird um 9 Uhr eröffnet. Es wird zunächst der Bericht der Beschwerdekommision entgegen genommen, die auch das Resultat der

Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission festgestellt hat

Beide Instanzen sind in ihren bisherigen Zusammensetzungen wiedergewählt und zwar haben erhalten: als Vorsitzender Weis 298 Stimmen, Hermann Müller 332, Crispien 285, als Kassierer Bartels 352 und Ludwig 318;

als Sekretäre Genossin Juhacz 342, Stelling 347, Dittmann 308, Vogel 371 (bravo!), Westphal 272; als Beisitzer Mollenbuhr 284, Adolf Braun 294, Hilferding 308, Mojes 257, Genossin Kemh 256, Genossin Rynek 241, Frank 247, Hildenbrand 260, Schulz 271, Stahl 244, Stampfer 263.

Bei der Wahl der Kontrollkommission erhielten Stimmen: Lore Agnes 248, Bod 338, Bren 308, Brähne 311, Hengsbach 313, Cbbe 322, Hermann Müller-Lichtenberg 307, Schönfelder 289, Tren 275.

Die neuen Parteivorstandsmitglieder.

Genosse Hans Vogel wurde am 16. Februar 1881 in Oberartelsdorf in Mittelfranken geboren. Er besuchte die Volks- und Fortbildungsschule in Fürth und erlernte die Bildhauerei. Seit 1908 ist er Sekretär der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Franken. Er war Mitglied des bayerischen Landtags vom 1912 bis 1918. Im Jahre 1920 wurde er in die Nationalversammlung gewählt, seitdem ist er Mitglied des Reichstages.

Genosse Max Westphal wurde am 30. September 1895 in Hamburg geboren. Er ist von Beruf Komtobote. Von April 1919 bis Oktober 1921 war er Jugendsekretär in Hamburg, seit 1921 Parteisekretär und Vorsitzender der sozialistischen Arbeiterjugend.

Ehrung für Mollenbuhr und Adolf Braun.

Am Schluß der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion in der Donnerstagssitzung des Parteitages, den wir hier nachtragen, ehrte der Parteitag die ausscheidenden Parteivorstandsmitglieder Mollenbuhr und Adolf Braun.

Vorsitzender Weis

bittet, die Vorschläge zur Neuwahl des Parteivorstandes und der großen Kontrollkommission einzureichen. Er stellt gleichzeitig mit, daß von den befohlenen Sekretären des Parteivorstandes Mollenbuhr und Adolf Braun ausscheiden. Sie sollen als Beisitzer nach wie vor dem Parteivorstand angehören. Weis verbindet diese Mitteilung mit Lob und Anerkennung für die aus dem befohlenen Amt scheidenden verdienstvollen Parteigenossen.

Schred-Vielefeld:

Als jüngerer Kampfgefährte halte ich mich für berechtigt und verpflichtet, Hermann Mollenbuhr und Adolf Braun noch ein Wort des Dankes zu sagen. Das verdienstliche Zusammenwirken von Wissenschaft und Arbeit ist die geistige Grundlage der Partei. Vor fast vier Jahrzehnten hat mich Mollenbuhr in seiner Arbeitstätigkeit angeleitet, die er mit seinem starken Willen und ehrlichen Begeisterung selbst in den schwierigsten Zeiten des Ausnahmezustandes für unsere Ideale aufbrachte. Etwas später durfte ich Braun näher treten. In ihm können alle Akademiker ihr Vorbild sehen. Er hat nichts vom Wissen gesprochen, sondern Wissen verbreitet. Bei solchen Persönlichkeiten, wie Adolf Braun, ist kein einseitiges Gegenüber zwischen Arbeiter und Wissenschaftler niemals eintreten. Nur so Ueberheblichkeit sich spreizt, lehnt die Arbeiterklasse dies ab. (Sehr wahr!) In der Sozialdemokratie muß der geistige wie der körperlich Arbeitende die Gleichberechtigung erst erwerben. In Braun und Mollenbuhr fanden die Jugendbewegung und die Jungeproleten ein Vorbild nicht nur für die Erfüllung im Tageskampf, sondern auch für die Vertiefung ihres Wissens um die hohen Ideale des wissenschaftlichen Sozialismus. Gerade als Vertreter dieser Bewegung vernehme ich die beiden Allen besonders und danke ihnen für das, was sie der Jugend gegeben haben. (Andauernder Beifall und Bewegung.)

Adolf Braun:

Ich möchte zunächst dem Parteivorstand danken für die jahrelange Zusammenarbeit und die herzliche Freundschaft, die mir diese Zeiten unvergesslich machen. Aber ich bin bekanntlich ein unangenehmer und trübsamer Mensch. (Heiterkeit.) Was Schred über mich gesagt hat, war eigentlich zuviel. (Widerpruch.) Er hat mich mehr von dem gesprochen, was wir getan zu haben wünschen als

von dem, was wir getan haben. Nach 47 Jahren Parteidienst hat man auch ohne ärztliches Zeugnis das Recht, Schluß zu machen, aber wer von Kindheit an für die Partei gearbeitet hat, setzt sich nicht zur Ruhe und spielt Stat. (Heiterkeit und Beifall.) Ich werde weiter für die Partei arbeiten, und da ich nicht mehr die Kraft habe, erscheint es mir wünschenswert, im „Vorwärts“ für die Gedanken des Sozialismus weiter zu arbeiten. Ich werde es dann begrüßen, wenn diese Anschauungen Gesamtgut der Partei würden. (Herzlicher Beifall.)

Die auf dem Parteitag anwesenden preussischen Kandidatsabgeordneten geben zum Anticap Löwenstein zur Schulfrage und zum Konfordat eine längere Erklärung ab, die wir später veröffentlichen werden.

Abstimmungen.

Berichterstatter Robert Schmidt verzichtet auf das Schlusswort. Er bittet, den Absatz 4 der Resolution Löwenstein abzulehnen, um die Fraktion nicht unnötig festzulegen. Dem wird entsprochen. Die übrigen grundsätzlichen Anträge Hermann Müller, Heinrich Schulz und Löwenstein werden angenommen. Eine Reihe von Anträgen werden dann noch angenommen, so u. a. ein Antrag, dahin zu wirken, daß der 9. November zum Nationalfeiertag erklärt wird, ein Antrag Hamburg auf Förderung des Wohnungsbaues, ferner ein Antrag, dem Arbeiter-Samariterbund Zuwendungen aus Reichsmitteln zukommen zu lassen, sowie eine Anzahl Anträge zum Gebiete der Sozialversicherung, zum Rieterschuh und zur Alkoholfrage.

Angenommen wird ein Antrag, der verlangt, daß gegen jede Verschlechterung des Wahlrechts angekämpft werden soll, ferner die von Rosenfeld begründete Resolution zur Reform des Strafrechts und ein Antrag München, wonach bei wichtigen Entscheidungen in den Parlamenten zur Entschuldigung der Nichtanwesenheit der sozialdemokratischen Vertreter nur Krankheit oder unaufschiebbare Parteiober- oder Gewerkschaftsangelegenheiten dienen sollen. Eine Reihe von weiteren Anträgen zu dieser Materie, die, wie der Referent Robert Schmidt mitteilt, zum Teil berechtigtem Unwillen entspringen sind, werden dadurch für erledigt erklärt. Ein weiterer Antrag wird angenommen, der verlangt, daß die Steuererklärungen in den Gemeinden 8 Tage offen zu legen sind. Gegen den Antrag auf Haftentlassung von Max Hötz wendet sich Robert Schmidt mit dem Bemerkten, daß die Sozialdemokratie als Kampfpartei auch früher sich in diesen Angelegenheiten immer freie Hand behalten hat. Der Antrag wird dann auch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Hierauf wird das Referat über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik entgegengenommen.

Sozialistische Arbeiter-Internationale.

Genosse Crispien:

Es gibt gegenwärtig noch keine allumfassende Internationale der Arbeiter und die Wirkungsbedingungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sind beschränkt. Organisatorisch ist unsere Internationale hauptsächlich auf Europa beschränkt. Ideell ist sie begrenzt durch die Zersplitterung des Proletariats. Dieser Zustand wird sich nur langsam ändern. Abgesehen von einigen Vortrupps in Amerika, China und Vorderasien ist die Internationale in den anderen Erdteilen heute kaum zu entspinnen. Das hat der proletarische Weltwanderungskongress im Juni 1926 in London bewiesen, der von der sozialistischen Arbeiterinternationale und vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufen war. Es waren auf ihm außer Amerika, Asien, Australien und Neuseeland vertreten, aber es ergab sich, daß die anderen Teile noch ganz andere Probleme haben als Europa. Die Arbeiter Australiens hielten daran fest, daß ihr Erdteil ein weiches Land bleiben müsse und Neuseeland wehrte sich gegen jede Erweiterung der Einwanderung, weil es die Rückwirkungen auf die soziale Lage der Arbeiter fürchtete. Umgekehrt drangen Polen und Indien am stärksten auf verstärkte Abnahmefähigkeit für ihre Menschenmassen. So kam nicht einmal eine Verständigung über das Prinzip der Freizügigkeit zustande und wir mußten uns damit begnügen, auf diesem ersten proletarischen Weltwanderungskongress wenigstens die Probleme klar herauszuarbeiten.

Was die ideale Beschränkung der Internationale anbetrifft, so hatte die englische unabhängige Arbeiterpartei angeregt, die Exekutive solle die Möglichkeit der Vereinigung von Moskau prüfen. Die Kommunistische Arbeiter-Internationale hat diese Anregung abgelehnt und so muß sich unsere Exekutive darauf beschränken, mit 247 gegen 3 Stimmen der unabhängigen Arbeiterpartei Englands die Ausschlußlosigkeit dieses Beschlusses festzustellen. In der Tat: je weiter sich die Bolschewisten nach rechts entwickeln, desto wütendere Angriffe richten sie gegen die Sozialdemokratie, um damit ihren eigenen enttäuschten Massen den Restabmarsch zu verschleiern. (Sehr wahr.)

Die beste Garantie der internationalen Einigung bleibt daher der Ausbau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Seit Heidelberg sind zwei neue Parteien unserer Arbeiter-Internationale beigetreten, die Schweizer Sozialdemokratie und

die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Islands, die 4540 organisierte Mitglieder hat.

Amerika hat die Anregung gegeben, jedes Jahr eine größere internationale sozialistische Konferenz abzuhalten. Aber bei den zahlreichen Ausschüssen der Exekutive für Abrüstung, Weltwanderung, Völkerbund, nationale Minderheiten und politische Gefangene und bei der umfangreichen Pflege der Beziehungen zur Internationale der Gewerkschaften, der Jugend, des Sports usw. besteht die Gefahr eines Zurechtens. Wir können vorläufig keine internationale Veranstaltungen nicht brauchen. Wenn wir die Arbeit der Sozialistischen Internationale würdigen wollen, so müssen wir zunächst feststellen, daß die kommunistische Internationale überhaupt keine erfolgreiche Arbeit geleistet hat. Sie inszeniert als Organ der russischen Regierung üble Putsch und arbeitet mit den schlechtesten Methoden kapitalistischer Außenpolitik, Verschönerung und Spionage. Sie greift in alle revolutionären Erhebungen der Arbeiter mit Methoden ein, die zu übermäßigen Opfern und Niederlagen der Arbeiter führen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Arbeit ist von den praktischen Erfordernissen des Tages ausgegangen. Da stand natürlich der Kampf gegen die Friedensschlüsse im Vordergrund. Selbstverständlich konnten wir in den letzten Jahren keine rein sozialistische Friedenspolitik treiben. Aber wir haben doch erfolgreich auf die bürgerlichen Staaten eingewirkt. Augenblicklich ist freilich in Deutschland, Frankreich und England die Reaktion so erstarrt, daß sich die verderblichen Folgen auch auf außenpolitischem Gebiet von Tag zu Tag mehr bemerkbar machen.

Die internationale Entspannung stockt und ihre Fortführung ist sogar überhaupt gefährdet.

Auch die Demokratisierung des Völkerbundes legt die Demokratisierung der Staaten voraus, die ihm angeschlossen sind. Soll der Völkerbund ein Bund der Regierungen bleiben oder ein Völkerbund werden oder ein internationales Parlament? Diese Fragen hängen eng zusammen mit der Durchführung seiner Beschlüsse und dem Machtinstrument, das ihn sicher stellt. Hinzu kommt besonders für uns die Frage, unter welchen Voraussetzungen Sozialdemokraten in Delegationen hineingehen sollen, die von ihren Regierungen zum Völkerbund entsandt werden. Eine grundsätzliche Ablehnung kommt nicht in Frage. Aber die Parteien der in Betracht kommenden Länder müssen prüfen, wie

weit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit im Sinne des Sozialismus gegeben sind. Endlich wird bei einer späteren Tagung der Internationale zu erörtern sein, ob man im Völkerbund eine sozialistische Fraktion bilden kann.

Ganz richtig ist die Unterstellung, wir trieben nur Völkerbunds-politik. Wir haben die Mängel des Völkerbundes, wie er historisch entstanden ist, rücksichtslos kritisiert und die Politik der Sozialistischen Arbeiterinternationale ist durchaus selbständig.

Aber grundsätzlich erkennen wir ein Organ wie den Völkerbund als notwendig an.

Und auch Sowjetrußland hat ja durch die Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz bekundet, daß kein einziges Land ohne Schaden den Veranstaltungen des Völkerbundes fernbleiben kann. Der Völkerbund enthält trotz aller Unvollkommenheiten die Elemente einer endgültigen Organisation der Menschheit.

Zu den Fragen der Abrüstung, der Wehrhaftmachung, des Militarismus, Krieg und Frieden hat die Internationale eine Abrüstungskommission eingesetzt. Bekanntlich hat die Abrüstungskommission des Völkerbundes mit einem völligen Mißerfolg geendet, obwohl es sich bei ihr noch gar nicht um Abrüstung, sondern um die Beschränkung weiterer Rüstungen handelte. Die Frage der Abrüstung kann nur gelöst werden durch erfolgreichen Kampf der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Den Kampf gegen Rüstungen und Krieg müssen wir positiv führen als Kampf für internationale Verständigung und den Frieden.

Lieber die Frage, was bei Gefahr oder Ausbruch eines Krieges geschehen soll, lassen sich nur allgemeine Grundzüge aufstellen. Es trifft nicht zu, daß der internationale Gewerkschaftskongress in Rom und der Weltfriedenskongress in Haag im Juni 1922 den Beschluß gefaßt hätten, im Kriegsfall den Generallstreik der Arbeiter zu proklamieren. Man hat den Generallstreik nur immer als Mittel zur Anwendung der Kriegsgewalt betrachtet, aber ihn nie vorgeschlagen für den Fall, daß der Krieg dennoch ausbricht. Das war vernünftig, denn wenn man auch in Rom sehr stolz auf die 24 Millionen organisierten gewerkschaftlichen Arbeiter hingewiesen hat, so hat man doch nachher weder gegen den Krieg in Marokko noch gegen die Truppenbewegungen nach China den Generallstreik proklamiert. Ich sage deshalb niemandem an. Ich sage es nur, um vor der Erwachung von Illusionen zu warnen, die nachher kein Mensch erfüllen kann. Wenn man derartige Beschlüsse durchzuführen versuchte, würde man nur den Arbeitern eine Niederlage bereiten. Beschlüsse und nicht durchzuführen heißt aber die Massen verwirren und enttäuschen. Wir müssen den Arbeitern offen sagen, daß nur ihre wachsende Macht die Internationale arbeitsfähig machen kann. Nebenfalls bietet die Sozialistische Internationale auch während eines etwaigen Krieges ein unentbehrliches Element und wird von allen ihr angeschlossenen Parteien als höchste Instanz anerkannt. Wir haben es als erwachsene Macht so sehr leicht, Flug zu reißen und eine Mehrheit für den Beschluß zu suchen, daß die Truppenbewegungen nach China durch Generallstreik verhindert werden sollen.

Aber was hüffe ein solcher Beschluß, wenn es klar ist, daß die englische Arbeiterpartei ihn nicht durchführen kann?

Man kann in der Internationale in entscheidenden Fragen nicht majorisieren, sondern muß die Verständigung suchen.

Eine neue überaus lehrreiche Erscheinung ist der Faschismus. Sein Sieg war nichts anderes als der Sieg der Konterrevolution. Sich geistig mit dem Faschismus auseinanderzusetzen ist unmöglich, da er lediglich die Methode der Gewalt anwendet. Es zeigt sich aber, daß der Faschismus unterdrückt werden kann, wenn eine Abwehrorganisation vorhanden ist, die wir in Deutschland im Reichsbanner haben. (Sehr wahr!) Trotzdem dürfen wir nicht außer acht lassen, daß er

Die bewaffnete Macht des Kapitalismus

bildet, um bei einer drohenden entscheidenden Auseinandersetzung die Arbeiterklasse niederschlagen zu können. Darum müssen wir die Abschrothung des Reichsbanners unter allen Umständen für die nächste Zeit aufrecht erhalten. (Sehr wahr!) Die Sozialistische Arbeiterinternationale ist bestrebt, die Öffentlichkeit in allen Ländern über den wahren Charakter des Faschismus aufzuklären. Wir haben einen Matteotti-Fonds gegründet zur Unterstützung der Länder ohne Demokratie. Kurz vor dem Parteitag haben wir eine Kommission gebildet, die den politischen Verläufen und Gefangenen Hilfe bringen soll. Noch immer werden Sozialisten von den Bolschewiken in Rußland verfolgt. An eine Einigung mit der kommunistischen Internationale kann überhaupt nur ernsthaft gedacht werden, wenn vorher in Rußland der Terror gegen die Sozialisten eingestellt wird. (Verbitterte Zustimmung.)

Wir müssen auch von dieser Stelle aus dieses schwärzliche System brandmarken, wodurch in Rußland die gewerkschaftliche und sozialistische Bewegung mit reaktionären kapitalistischen Methoden unterdrückt wird.

In Paris haben wir einen sehr interessanten Bericht über die Taktik der Sozialdemokratie in China entgegen genommen. Wir waren erfreut über den wahrhaft marxistischen Geist, von dem die chinesischen Kampfgesellen erfüllt sind. Seit 1923 gehören die Genossen in China der Internationale an. Sie unterstützen die nationale Revolution in China mit allen Mitteln. Sie verzichten zunächst darauf, eine sozialistische Idee zu vertreten, weil es vor allen Dingen darauf ankommt, daß China seine nationale Selbständigkeit erlangt. Erst dann kann der Kampf gegen die chinesischen Kapitalisten beginnen. Um so mehr sind die Methoden des Bolschewismus in China zu verurteilen. Durch ihre Versuche, die chinesische Revolution weiter zu treiben, haben sie zu den blutigen Niederlagen beigetragen und zu einer Gefährdung der sozialreformistischen Bestrebungen der chinesischen Arbeiter überhaupt geführt. Die Bolschewisten wollten in China England treffen und die Folge ist, daß die englische Regierung jetzt die Beziehungen zu Sowjetrußland abgebrochen und damit einen neuen Schlag gegen die Bolschewisten geführt hat. (Sehr wahr.) Die Auseinandersetzungen der Sozialisten mit den Bolschewisten sind eine Angelegenheit, die wir unter uns abschneiden werden. Wir leben es ab, uns in diesem Kampf mit den kapitalistischen Regierungen zu verbinden. Wir verurteilen mit der englischen Arbeiterklasse die Haltung der englischen Regierung. Die bolschewistische Hege ist von der englischen Regierung auch nur einfach worden, um die englische Arbeiterbewegung zu treffen. (Sehr wahr.)

Der Bericht über die Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterinternationale umfaßt alle Probleme, die der Internationale der Sozialisten gestellt werden. Wir setzen uns mit allen diesen Grundproblemen ernst und sachlich auseinander, denn wir glauben unerschütterlich an die Sieghaftigkeit des internationalen Sozialismus. Die Degeneration für unseren Kampf gewinnen wir aus der Ueberzeugung, daß die Sozialistische Internationale für die Wohlfahrt der Menschheit arbeitet. (Eingeholtenber stürmischer Beifall.)

Der Vorschlag der Leitung des Parteitages nimmt der Parteitag einstimmig eine Resolution an, die dem amerikanischen Beschluß der Vereinigten Staaten in Berlin übermittelte wird und in der nochmals erklärt wird, die Beschuldigungen gegen Bonzetti und Sacco sorgfältig zu untersuchen, um einen Justizirrtum zu vermeiden. Hierauf werden zunächst Erklärungen der Vertreter der besetzten Gebiete und des Saargebietes entgegen genommen.

Pidard-Koblenz:

Namens der Delegierten der noch besetzten rheinischen Gebiete habe ich folgende Erklärung abzugeben:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrer Gesamtheit hat vom ersten Tage der Befreiung ab in kameradschaftlicher

Der Bericht der Beschwerdekommmission.

Nach der Neuwahl des Parteivorstandes berichtete Genosse Großhewohl über die

Behandlung von Einsprüchen wegen erfolgter Ausschüsse aus der Partei

und gibt dabei den Wunsch des Parteivorstandes bekannt, daß die Entscheidung des Parteivorstandes nur in Fällen, in denen ganz dringend eine Schädigung der Organisation zu erwarten ist, angeordnet werden möge und daß im übrigen die Genossen im Lande alle Ausschlußanträge nach Möglichkeit ordnungsmäßig in den Bezirken durchführen sollten. Von der Anwendung des § 28 Ziffer 3 des Statuts sollte nur in den seltensten Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden. (Zustimmung.) Im übrigen werden sämtliche eingelegten Einsprüche von der Kommission unter Zustimmung des Parteivorstandes zurückgewiesen.

Es handelt sich dabei um Adolf Bobbin-München, der als Vorsitzender der „Roten Hilfe“ gegen die Partei gewirkt hat und seinen Einspruch auf seine Auffassung gründet, daß die „Rote Hilfe“ eine neutrale Organisation sei. (Heiterkeit.) Rühle-Ferberg und Fröhe-Hamburg sind ausgeschlossen wegen Stellungnahme gegen die Partei in Versammlungen, in denen sie über ihre Rußlandreise Bericht erstatteten. Walter Otto und Julius Utermann haben als Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend durch Herausgabe von Sonderflugblättern und Vorbereitung von Sonderkonferenzen in Berlin die Spaltungsbefrebungen unterstützt, die sie dann auch nach Sachsen übertragen wollten. Einem Wunsch der Ortsgruppe Schwelm, Utermann nicht auszuschließen, da es sich um einen Jugendgenossen handle, der nach längeren Irrfahrten selber den Weg zur Partei finden werde, glaubt die Kommission nicht folgen zu können, da Utermann Student und der geistige Inspirator der ganzen Störungsbestrebungen gewesen ist. Sollte Utermann wirklich innere Verbundenheit mit der Partei fühlen, so bleibe ihm unbenommen, in späteren Jahren zur Partei zurückzufinden.

Albert Winter und Richard Kämpfer aus München haben drei Tage vor der Reichstagswahl 1924 eine Broschüre unter dem Titel „Der Fall Auer“ in Massenauflage unter die Wählererschaft geworfen. Die Broschüre enthält starke Angriffe und Verleumdungen gegen den Spitzenkandidaten Auer. Trotz mehrmaliger Aufforderung der Parteileitungen in München haben beide sich geweigert, das angebliche Material im Fall Auer den zuständigen Instanzen zur Prüfung zu unterbreiten.

Vandrat a. D. Vogl-Hohenwerder ist ausgeschlossen worden, obwohl er schon vor Eröffnung des Verfahrens aus der Partei ausgetreten war. Man wolle sich mit dem Ausschlußverfahren gegen Vogl für spätere Zeit sichern. Die Kommission hält ein solches Vorgehen für formal nicht möglich. Zurückgewiesen wurde auch ein Einspruch gegen den Ausschluß eines Mitgliedes der Fraktions-

Uebereinstimmung mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale mit ganzer Kraft gegen diese Fortsetzung des Krieges in anderer Form gearbeitet.

Die Besetzung des besetzten rheinischen Gebietes empfindet mit großer Befriedigung die in den letzten Jahren als Folge der diplomatischen Unterhandlungen durchgeführten Erleichterungen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß diese Besserung nicht nur in den Kreisen der sozialistischen Anhänger, sondern fast von der gesamten Einwohnerschaft des Rheinlandes als ein Erfolg sozialdemokratischer Politik gebührt wird.

Auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entsprach einer Forderung der sozialdemokratischen Politik. Deshalb haben wir auch ein besonderes Recht zu verlangen, daß die deutsche Republik im Völkerbund als völlig gleichberechtigt behandelt wird und jede Ausnahmehandlung Deutschlands in einem seiner Gebiete beseitigt wird.

Wir bedauern tief, feststellen zu müssen, daß die an die Namen Dacarno und Thörlagen geknüpften Hoffnungen enttäuscht wurden. Es gibt keine Rechtfertigung mehr dafür, daß immer noch fremde Truppen in rheinischen Landen unterhalten werden. Starke militärische Verbände in einem friedlichen Lande schaffen immer wieder Konflikstoff und Störungen für die Schaffung einer Atmosphäre zwischen zwei großen Kulturnationen, die wie Deutschland und Frankreich in Frieden und Freundschaft zu leben vermögen.

Deshalb fordern wir mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale und insbesondere mit unseren französischen Genossen, in deren Namen aus dem Parteitag der Genosse Braude sprach, ein starkes Bekenntnis zu unserer Friedenspolitik und ein besonderes zur Räumung des Rheinlandes, die baldige Zurücknahme der Besetzung ohne die Auferlegung neuer wirtschaftlicher Lasten und ohne, daß die Hebelrechte der deutschen Republik durch irgendwelche Kontrollmaßnahmen eine Einschränkung erfahren.

Die Delegierten des besetzten Gebietes wissen sich in allen die Rheinlande betreffenden Fragen einig mit der großen deutschen sozialdemokratischen Partei. Sie bekennen sich rücksichtslos zu der Außenpolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die Sozialdemokratie ganz unabhängig von den jeweiligen Regierungen verfolgt hat. Wir fordern Vertrauen, Vertrauen der Friedensfreunde der ganzen Welt!

Genosse Gerhardt gibt darauf eine eingehende Schilderung der Verhältnisse im Saargebiet. Das Resultat der im Versailler Friedensvertrag für 1925 festgesetzten Abstimmung, ob das Saargebiet zu Deutschland oder Frankreich wolle oder einen selbständigen Staat unter dem Völkerbund aufmachen wolle, ist längst entschieden. 99 Prozent der Saareinwohner, werden, wenn es wirklich zur Abstimmung kommen sollte, was wir nicht glauben, für Deutschland stimmen.

Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben.

Bei den saarländischen Veranstaltungen herrscht die Fahne schwarz-rot-gold vor. Der Geist der neuen Zeit beherrscht auch das Saargebiet. Wir sind deutsch nicht aus materiellen Gründen, sondern aus dem Herzen heraus. Die deutschen und die französischen Kapitalisten aber werfen sich gegenseitig die Bälle zu zur Unterdrückung der Arbeiter. Wir im Saargebiet wären froh, wenn wir unter deutscher Befehlsgewalt ständen, die deutschen Sozialisten, das Versicherungs-gesetz, das Betriebsrätegesetz usw. bekämen. Unser Parlament ist nur eine Komödie.

Hierauf wird in die Debatte eingetreten.

Houbach-Hamburg.

Was wir in diesen Tagen in China erleben haben, ist der vorläufige Zusammenbruch der chinesischen Revolution. Hervorragenden Anteil daran hat die Taktik der kommunistischen Partei. Die Sozialdemokratie sollte eine starke Initiative entfalten, in China eine sozialdemokratische Bewegung zu fördern. Das wäre die beste Unterstützung des chinesischen Volkes in seinem Freiheitskampf. Zum Abbruch der Beziehungen zwischen London und Peking war zu prüfen, ob nicht der Bürgerkrieg zu dieser Gefährdung des Friedens beigetragen hat. Wir müssen die Politik des Bürgerkriegs überhaupt sehr stark überwachen, damit die Verständigungspolitik nicht zu einer Politik der Verständigung mit denen wird, die uns in Abenteuer hineintreiben wollen. In Hamburg haben die Kommunisten die Rolle ausgegeben, den Waffentransport nach China zu unterbinden. Aber das war lediglich ein englischer Wunsch, da die Waffen für Südhina bestimmt waren. Der Weg zur Verhinderung der Kriege ist die Erringung der politischen Staatsgewalt.

mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion Kasten, der infolge der besonnenen Kämpfe erfolgt war, und endlich der Einspruch von Gustav Ader, der ausgeschlossen wurde, weil er gegen eine Reihe von anderen Parteigenossen in Sommerfeld unberechtigtweise die Schwere, ehrenrührigen Anwürfe erhoben hat. Jeden Versuch der Vermittlung auf Grund einer Zurücknahme der Vorwürfe hat er zurückgewiesen.

Schließlich hat die Beschwerdekommmission eingehend Stellung genommen zu den bekannten

Konflikten zwischen dem Parteivorstand und dem Unterbezirk Halle.

Sie hat ausführliche Verhandlungen mit den Vertretern des Parteivorstandes, der Genossenschaftsdruckerei, der Parteioorganisation und des Verlages „Volksblatt“ G. m. b. H. geführt. Nachdem alle Bemühungen, zu einer Verständigung zu kommen, erfolglos waren, beantragt die Beschwerdekommmission die Annahme des folgenden Vermittlungsvorschlages durch den Parteitag:

„1. Die Vertreter der Organisation und der Genossenschaftsdruckerei sollen so schnell wie möglich mit der „Konzentration“ bindende Verträge abschließen, die im Sinne des Parteivorstandes-Beschlusses auf 50 Proz. Beteiligung entsprechend dem Vermittlungsvorschlag der Beschwerdekommmission mit einer Beschränkung auf zunächst 3 Jahre liegen;

2. Die vom Parteivorstand in Halle erworbenen Grundstücke und Maschinen sind anderweitig in geeigneter Weise zu verwenden;

3. zur Sicherung der politischen Meinungsfreiheit des „Volksblatt“ in Halle und für die Zusammenarbeit der einzelnen Organe (Geschäftsführer, Gesellschaft, Preßkommission) gilt die Muster-geschäftsordnung der „Konzentration“ A.-G. als Grundlage.“

Der Parteitag stimmt diesem Vorschlag ohne Debatte zu.

In Ergänzung seines Schlußwortes zum Kassenbericht weist Ludw. hierauf noch im Namen des Parteivorstandes den Angriff Liebmanns gegen Lipinski wegen seiner „Geschichte des Sozialismus“ zurück. Er stellt fest, daß Lipinski vom Parteivorstand beauftragt worden ist, eine kurz gefaßte, in Telegrammstil geschriebene Geschichte der Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart zu schreiben. Lipinski hat alle Stellen, die er aus anderen Werken zitieren mußte, kenntlich gemacht und ist dann durch Adolf Braun dazu bestimmt worden, diese Anmerkungen wegzulassen und sie summarisch am Schluß anzufügen. Die Kritik Liebmanns ist also völlig unbegründet.

Hierauf erhielt Genosse Crispian das Wort zu seinem Referat über die Sozialistische Arbeiterinternationale.

Bretscheld:

Eine Resolution Groß-Thüringen läßt Kritik an der auswärtigen Politik der Reichstagsfraktion. Sie behauptet fälschlich, daß Stresemann offen für den Faschismus Partei ergreifen habe und eine rein kapitalistische Außenpolitik treibe. Nur dem Schein nach sei Stresemanns Politik die Politik der Arbeiterklasse gewesen. Das ist falsch. Stresemann hat weder früher noch jetzt die Politik der Arbeiterklasse getrieben. Seine Politik wird vielmehr diktiert von dem im deutschen Kapitalismus nach dem Kriege lebendig gewordenen Verhängnisstendenzen. Wir haben diese Politik unterstützt, weil wir jedes Streben nach friedlicher Verständigung unterstützen.

Wir werden sie auch bei allem Mißtrauen gegen den Bürgerblock weiter unterstützen. Wir müssen nur darüber wachen, daß nicht durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Koalition die bisherige außenpolitische Linie abgelenkt wird.

Aber die Deutschnationalen haben ja Elßah-Bohringen für 5 Mark Getreidezoll veräußert und haben anschließend gegenwärtig nur innenpolitische Ziele. Unsere China-politik hat sich als richtig erwiesen. Hören wir nach dem Willen der Kommunisten die Kanton-Regierung anerkennen, so wären wir heute blamiert; denn sie besteht nicht mehr. Man darf eben in der Außenpolitik nicht nach Stimmungen gehen. Der Abbruch zwischen England und Rußland muß so bald wie möglich die Exekutive beschäftigen. Wir können nichts weiter als die Neutralität wahren.

Die Reichspresse in Deutschland hat den Versuch gemacht, für einen hohen Preis, die Räumung der Rheinlande, unsere Neutralität an England zu verkaufen. Unsere Neutralität gegenüber Sowjetrußland wäre uns um keinen Preis feil.

Wir fordern mit weit größerem Recht die Befreiung des besetzten Gebietes als die Rechtsparteien; denn die Herstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich war stets das Haupt- und Kernstück unserer Politik.

Darum sind wir den nationalistischen Phrasendreschern und Paradedebatten stets entgegengetreten. Bei der letzten Räumungsaktion hat Stresemann einen schweren Fehler gemacht. Er hat in Paris zu deutlich durchblicken lassen, daß er die Räumung verlangt, um die deutschnationalen Opposition zu beschwichtigen. Aber kein einziger Franzose will das Rheinland räumen, um den Deutschnationalen damit ein Zugeständnis zu machen. Forderungen unter Berufung auf die Deutschnationalen können die Situation nur verschlechtern. (Sehr wahr.) Das Rheinland wird nicht geräumt, solange Herr Herzog den Osten reitet. Die Verständigung mit Polen ist gewiß sehr schwer. Aber wir hoffen, daß es unseren sozialistischen Freunden gelingt, den Nationalismus in Polen erfolgreich zu bekämpfen. Wir sind Pazifisten, nicht im Tolstoi'schen Sinne, sondern im dem Sinne, daß wir schon jetzt alles tun, um den Krieg zu verhindern. Aber erst der Sieg des internationalen Sozialismus kann den dauernden Frieden sichern. (Lebhafter Beifall.)

Petriß-Gera:

Die großthüringische Entscheidung über Kritik an der Arbeit der Internationale. Der Internationale Sekretär Friedrich Adler hat selbst ausgesprochen, daß die Marxisten in der Internationale in der Minderheit sind und daß wir daran arbeiten müssen, die Internationale mit marxistischem Geist zu erfüllen. Wir müssen die Arbeiterklasse der verschiedenen Länder dazu erziehen, ihre internationale Pflicht eifrig zu erfüllen. Das müssen wir den Arbeitern deutlich sagen. Nachdem Bretscheld heute die Grenzen gegen Stresemann deutlich gezogen hat, haben wir in diesem Punkt keine Differenzen mehr. Aber die letzte Reichstagsrede für die Außenpolitik war ganz unbefriedigend. (Beifall.) Wir haben diese Grenze in der Reichstagsrede gezogen. Die Resolution Bretscheld'schillen befriedigt uns nicht. Wir dürfen nicht Einschränkung der Rüstungen fordern, sondern Abrüstung. In dem englisch-russischen Konflikt sollte die Internationale die angeschlossenen Parteien möglichst bald zur Aktion bringen. Die letzten Ereignisse haben bewiesen, daß es eine Illusion ist, im Kapitalismus friedliche Tendenzen zu suchen. Der Imperialismus ist nach wie vor kriegerisch, der Kapitalismus ist der Krieg und der Sozialismus der Friede. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Debatte zum Referat Hilferding.

Wir tragen im folgenden die Reden der Diskussionsredner zum Referat Hilferdings nach, die in unserem Bericht in der heutigen Morgenausgabe fortgeblieben sind.

Löbe-Breslau:

Ich stimme ganz der These von Hilferding bei, daß der Einfluß der Arbeiterklasse im Staat immer mehr steigt. Aber hier beginnt das Problem: welcher Weg sollen wir gehen, um den Einfluß wirksam zu machen und zu vermehren? Es ist eine ganz falsche Vorstellung, als ob wir uns im Reich selbst ausgegattet hätten. Umgekehrt war nach dem Sturz der Regierung Marx die erdrückende Mehrheit der Fraktion bereit, in eine Koalitionsregierung einzutreten. (Sehr richtig!) Unsere gegenwärtige Opposition ist keine gewollte, sondern eine erzwungene, erzwungen durch die Machtverteilung. Diese Machtverteilung sehe ich aber nicht als schnell vorübergehend an. Es lag nicht an dem parlamentarischen Mißgeschick eines unserer Redner, den man ganz ungerichtet verantwortlich machen wollen, sondern an der geschichtlichen Etappe, die wir in Deutschland erreicht haben. Die relative Konsolidierung der Wirtschaft hat bisher allein den Machtbereich der kapitalistischen Wirtschaftskreise gestärkt, während die Arbeiterschaft noch vollkommen unter den Nachwirkungen von Krise und Nationalisierung leidet. Darum deutet für die politische und wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Zeit alles auf Kampf und nicht auf Bündnis. Wir müssen uns bewußt darauf einstellen, daß wir kämpfen müssen, wenn wir unsere Position wieder erringen wollen. Wir dürfen uns nicht widerwillig von 14 zu 14 Tagen in Opposition drängen lassen, während wir nach der Regierung schießen. Ich wende mich gegen die Halbheit der Opposition. (Bravo!) Wir können positive Leistungen auch durch den Druck nach außen vorbringen. Das ist keine Verleugnung der bisherigen Nachkriegspolitik der Partei, die ich für richtig halte. Das ist keine Aufforderung, die preussische Koalition aufzugeben, durch die wir hoffentlich noch lange Einfluß ausüben können. Das ist nur die Kenntnis und die Anerkennung der sich jeden Tag deutlicher durchziehenden Entwicklung.

Wir haben auf dem Marsch von der kapitalistischen Monarchie zum sozialistischen Volksstaat einen Stützpunkt in der demokratischen Republik gewonnen und müssen ihn sichern, weil sonst der weitere Vormarsch unmöglich ist. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Regierungsteilnahme nicht der einzige Stützpunkt der Republik ist und auch nicht, daß die Republik nur ein Stützpunkt auf dem Wege ist und wir weitermarchieren müssen.

Ich rede durchaus nicht der Geringschätzung der errungenen Position das Wort. Es hat mich außerordentlich unangenehm berührt, daß Rosenfeld für das diese Güte und Auszeichnung, das Otto Braun auf exponiertem Posten geschaffen hat, sein Wort der Anerkennung fand, aber keinen einzigen Fehler, der noch nicht einmal ein Fehler war, möglichst breit trat. Wir müssen uns selbstverständlich hüten, in den Arbeitermassen Illusionen zu erwecken. Unsere außerparlamentarischen Mittel sind Demonstrationen und Massenstreiks. Was hat man daraus gemacht? (Sehr wahr!) Heute, wo in Berlin 36 mal im jedem Jahr gegen den bulgarischen, rumänischen und den türkischen Faschismus demonstriert wird, laßt die Bourgeoisie über Straßendemonstrationen, auf die einst ganz Deutschland geblickt hat.

Die Straßendemonstrationen sind von den kommunistischen Radikalskizzen zu Tode gewirtschaftet worden. (Sehr wahr!) Und bei Massenstreiks wissen sie, wie weit ein Fehlschlag die Arbeiterklasse zurückwirft. Denken Sie an Russland!

Auf der anderen Seite machen es sich einige in den gewonnenen Stützpunkten der Republik zu bequem und wollen nicht mehr weitermarchieren. Schließlich werden wir den Weg zum sozialistischen Ideal allein zurücklegen müssen, ohne die bisherigen Bundesgenossen. (Sehr richtig!) Auch diejenigen, die eine neue Koalition näher glauben, als ich, werden mir darin zustimmen müssen, daß unsere Aussichten, zur Macht zu kommen, um so besser sind, je schärfer wir die Opposition führen. Aber nachdem wir einmal in die Rolle der Opposition gedrückt sind, müssen wir sie auszuweichen, nicht mit Phrasen und Illusionen, sondern in dem Bekenntnis an das heilige Ideal des Sozialismus, an den wir glauben. (Lebhafter Beifall.)

Auffhäuser-Berlin:

Nach der glänzenden Analyse der ökonomischen und betriebstechnischen Situation durch Hilferding hätte ich erwartet, daß wir zu einheitlichen Konsequenzen gelangen. Aber in die Folgerungen, die er gezogen hat, kann ich ihn nicht begleiten. Er glaubt, daß, wenn wir nur die Demokratie erhalten und steigern, wir in den Sozialismus hineinwachsen. Aber die Einengung der freien Konkurrenz und die planmäßig organisierte kapitalistische Wirtschaft mag immerhin eine gewisse Voraussetzung für das sein, was wir erstreben — heute ist sie nur eine ungeheure Machtsteigerung der Kapitalisten und eine ungeheure Gefahr für die Arbeiterklasse. Hilferding sieht den Einfluß des Staates auf die Wirtschaft, aber der Staat liegt doch ausschließlich in Händen der Kapitalisten. Hilferding hätte nur darauf eingehen brauchen, wie dieser Bürgerkrieg entstanden ist. Er ist ein Zeichen dafür, daß die Kapitalisten den Staat beherrschen und nicht umgekehrt. Darum sollen wir diese faktische Situation nicht offen aussprechen? Mir scheint, weil einige Genossen Rücksicht auf künstliche Regierungsgebildungen, Rücksicht auf das Zentrum nehmen. Aber wenn es das Zentrum für zweckmäßig hält, im Reich eine andere Koalition zu suchen, wird es ihm nicht darauf ankommen, ob wir heute etwas deutlicher sprechen. Das Zentrum ist gar nicht so empfindlich. Umgekehrt vermittele ich auch beim Zentrum jede Rücksicht auf uns. Es hat bei der Regierungsbildung mit uns ein böses Spiel getrieben und greift uns jetzt aufs Schärfste an. Wenn wir den Kampf rücksichtslos führen, sind wir deshalb noch keine schlechteren Republikaner. Der republikanische Gedanke wird in unserer Resolution nicht im geringsten abgeschwächt. Wir sind alle gleichmäßig für Schutz und Ausbau des Volksstaates, aber wir sind nicht bereit, demokratische Illusionen zu wecken. Nicht zuletzt müssen wir auch die neue Struktur des Proletariats bedenken. Neben den reinen Handarbeiterberufen spielen die Angehörigen, die freien Berufe, das neue Proletariat eine entscheidende Rolle. Diese neuen proletarischen Schichten, die allmählich zu uns stoßen sollen, gewinnen wir nicht durch Regierungsteilnahme, ohne genügende ökonomische Macht, die gewinnen wir nur, wenn wir genau so das sozialistische Programm an sie herantragen, wie wir es früher an die Arbeiter herantragen haben. Unsere Oppositionsstellung entspricht heute der ökonomischen Situation, und je deutlicher wir das aussprechen, um so schneller kommen wir zu dem großen Ziel. (Lebhafter Beifall.) Wir befallen uns im allgemeinen noch zu wenig mit der praktischen Gesetzgebung. Auch in der unmittelbaren praktischen Gesetzgebung können wir Sozialismus treiben. Wir müssen fordern, daß die Produktion im Sinne der Gesamtheit arbeite, daß sie für die Kranken, Invaliden, für die Altersversicherung, aber auch für den Wohnungsbau Mittel aufbringt. Wir leben in einer Zeit, wo man trotz der Not, die die Massen des Volkes zu tragen haben, wieder mit heftiger Begeisterung arbeiten kann.

Dreißfeld:

In den Anträgen, die uns vorliegen, sehe ich die letzten Ausläufer der Debatte, die wir nach dem Umsturz über den Wert der Demokratie und der Diktatur geführt haben. In diesem Saal sitzen eine Anzahl Genossen, die damals dem Prinzip der Diktatur nicht abgenagt waren. Auch ich habe zu ihnen gehört. Heute wird von

keiner Seite mehr das Prinzip schroff dem der Demokratie entgegengestellt oder die Koalition als ein grundsätzliches Problem angeführt. Aus den Anträgen spricht die beständige Unzufriedenheit mit dem, was unter der Demokratie und Republik erreicht worden ist. Aber es ist doch nichts Neues, daß Republik und Demokratie noch nicht Sozialismus sind (Sehr wahr!), sondern nur der Boden, auf dem wir unseren Kampf erfolgreicher führen können als auf dem Boden der Monarchie. Unsere Aufgabe ist, der Bourgeoisie jedes Machtmittel der Republik zu entreißen. (Sehr richtig!) Auch die Zwischau-Resolution gibt zu, daß sich auf dem Boden der Demokratie gesellschaftliche Umwälzungen vollziehen können. Mehr ist von uns nie behauptet worden.

Wenn Zwischau aber weiter sagt, daß, wenn die Bourgeoisie sich gegen eine solche Umwälzung wehrt, das Mittel der Diktatur angewendet werden muß, so sind wir alle einverstanden, wenn es heißen soll, daß wir dann unsere Machtstellung gebrauchen müssen, um unseren Erfolg auszunutzen. Aber wenn wir den Sieg unserer Idee aus dem Boden der Demokratie erhoffen haben, dann kann doch Ausnutzung unserer Machtstellung wahrhaftig keine Diktatur mehr sein. (Sehr gut!) Das ist also einfach ein Spiel mit dem Wort Diktatur. (Sehr richtig!)

Die Behauptung, daß die Koalition zur Stärkung der diktatorischen Macht der Bourgeoisie führen müsse, ist doch, wie die Erfahrungen in Preußen lehren, widerlegt. (Sehr wahr!) Wir sind weder prinzipiell für Opposition noch prinzipiell für Koalition, sondern wir wenden das an, was uns im jeweiligen Falle erfolgversprechend erscheint. Unsere Opposition wird getragen sein müssen von dem Verantwortlichkeitsgefühl, das eine Partei haben muß, für Dinge, für die Opposition keine Dauerstellung ist, die eine gewisse Zurückhaltung über muß, weil sie genötigt sein wird, wieder mit anderen Parteien ein Kabinett zu bilden.

Severing:

(mit stürmischem Beifall empfangen): Als vor einigen Wochen in der sächsischen Parteipresse die Kritik über die Preußenkoalition erschienen, habe ich der Landtagsfraktion versprochen, diese Frage vor dem Parteitag zu beantworten. Inzwischen haben Genosse Braun und heute Genosse Hilferding die Notwendigkeit gerade der preussischen Taktik so glänzend dargelegt, daß ich darauf verzichten kann. Ich möchte nur aus meinen Erfahrungen und Beobachtungen der Praxis das unterstreichen. Schließlich hat gemeint, es könnte einmal der Tag kommen, wo die sozialdemokratische Fraktion die preussische Regierungskoalition verlassen möchte. Die Möglichkeit kann durchaus eintreten, besonders wenn wir bei den nächsten sächsischen Preußenwahlen ein Fiasko erleben. Aber eher wird ein solcher Zeitpunkt schmerzhaft eintreten. (Lebhafter Beifall.) Denn es ist Gemeingut der preussischen Landtagsfraktion, daß wir freiwillig unsere Stellung nicht räumen. Wenn wir bei den nächsten Preußenwahlen siegreich sind — und wir müssen siegen — dann hoffen wir die preussische Koalition unter hervorragender Beteiligung der Sozialdemokratie weit über die nächste Wahl zu erhalten. (Erneuter Beifall.) Auf absehbare Zeit erblicken wir in der Preußenkoalition eine republikanische, demokratische und soziale Notwendigkeit. Es ist nicht wahr, daß die Republik heute unter allen Umständen als gesichert gelten kann. Es ist nur an Stelle der Butschromantik eine neue Methode des Angriffs getreten. Aber wenn so verschiedene gerichtete Kräfte wie Escherich und Ehrhard sich jetzt zusammengelunden haben, so sollte das den Genossen zu denken geben. Die Gefahren sind an dem Tage wieder da, an dem wir das oberste Auge des Staates blinden Wächtern anvertrauen. (Sehr gut!) Wenn wir die Oppositionsräumen, ist es nicht gewiß, daß die Arbeiter allein die Republik schützen können. Im Jahre 1920, beim Kapp-Putsch, hat die Arbeiterklasse das geschafft.

Aber im Jahre 1923 waren die nationalistischen Organisationen riesenstark, die Verbindung mit der Reichswehr sehr eng und die Arbeiterorganisationen so geschwächt, wie in keiner anderen Zeit. Hätten wir damals nicht den Verwaltungsapparat dirigieren und die Polizei beschlagnahmen können, dann sähen wir heute nicht hier.

Wenn wir damals die Republik am Abgrund vorbeigebracht haben, danken wir das in erster Linie den republikanischen Machtmitteln des Staates. Wenn der Stahlhelm tag für tag statgefunden und nicht mehr Unheil angerichtet hat, wenn jetzt das Ausland über den eskalierenden Stahlhelm lacht, so verdanken wir das doch lediglich dem sozialdemokratischen Polizeiminister und dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten. (Lebhafter Zustimmung.) Genosse Auffhäuser hat gewiß darin recht, daß die Monarchie nicht wiederkehren wird. Aber wir wollen uns auch keinen Mussolini beschwören lassen. Denn dann ständen wir in Deutschland noch ganz anders unter der kapitalistischen Diktatur wie in Italien, weil wir eine ganz andere wirtschaftliche Struktur haben. Wir können viel verderben, wenn wir nicht wachsam sind. Ansonst haben die Anternehmer ihr Geld für den Stahlhelmtag nicht hergegeben. Gewiß, wir wollen nicht das Freigenblätt für die Sünden der bürgerlichen Parteien sein. Ich wäre der erste, der die Nichtbeteiligung an der preussischen Regierung empfände, wenn uns noch einem unglücklichen Wahlkampf einflußlose Kiemer ohne Verwaltung im Lande angeboten würden. Aber das ist ja alles Theorie. Genossen, denn praktisch wollen und werden wir ja stärker wiederkehren und grundsätzlich ist es immer noch sehr viel besser, sich an der Macht zu beteiligen und die Verantwortung mit anderen zu tragen, als der Prügelknabe für die anderen zu sein. Ich möchte auf die Geschichte der Koalition im Reich nicht näher eingehen, weil ich den Plan des Parteitags nicht stören möchte. Aber in einer gewissen Phase haben wir die Regierungsverantwortung abgelegt, und als die anderen das deutsche Volk in die Katastrophe geführt hatten, sind wir eingesprungen und haben die Prügel bekommen. (Lebhafter Zustimmung.)

Wir müssen uns auch die Kräfte heranziehen, die wir einmal gebrauchen, wenn wir vom Staat Besitz ergreifen. Genosse Hans Nordwald in Frankfurt hat einmal erklärt, wir sollten weniger Minister und mehr Ministerialräte und Regierungsräte stellen. (Heiterkeit.) Ich habe mich während meiner Amtslosigkeit bemüht, eine Reihe solcher Kräfte heranzuziehen, und deshalb klagen jetzt die Deutschnationalen, daß das alle System auch noch nach meinem Abgang lebt. Aber wer bildet sich denn wirklich ein, sozialdemokratische Ministerialräte ohne sozialdemokratische Minister zu bekommen. (Lebhafter Heiterkeit und Zustimmung.)

In der jetzigen Lage im Reich bin ich natürlich auch für rücksichtslose Opposition. Aber ich möchte nicht wie die Zwischau-Genossen die Diktatur ankündigen, weil man zur Diktatur jedenfalls zunächst einmal sehr stark sein muß. Zur Gewaltanwendung durch unsere Gegner sehe ich genau wie Hilferding. Gegen gewaltsame Anschläge auf die demokratische Verfassung ist die gewaltsame Abwehr nicht nur unser Recht, sondern sogar unsere Pflicht. Kommt es dazu, dann machen wir es nicht wie die Sachsen, die im Jahre 1923 nicht einmal zipp gesagt haben. (Heiterkeit, Anruhe und Widerspruch bei der sächsischen Delegation.) Ihr habt so ganz recht, aber ich wende mich gegen das Krasimeiertum in Worten. (Zurufe bei den sächsischen Delegierten: Dem stimmen wir zu, dann aber lassen Sie die Sachen aus dem Spiel! Große Heiterkeit.) An Kraft der Sprache können wir es den Kommunisten doch nicht gleich tun. (Sehr wahr!) Die Opposition im Reich hätte ich mir ein bißchen freier und frischer gewünscht. (Große Heiterkeit.) Ich habe mich neulich mit meinem Freund Löbe

verschworen, daß, wenn wir beide im Herbst gesund in den Reichstag zurückkehren, wir die Opposition ein bißchen aufmuntern wollen. (Erneute Heiterkeit.) Wenn wir uns jemals anbieten müßten, wenn eine Regierung gebildet wird, dann wäre es mit der Kampftruppe und dem Vertrauen der Massen bald vorbei. Aber grundsätzliche und freiwillige Opposition ist praktisch nichts anderes als Passivität, und Marxismus ist höchste Aktivität. Wir wollen gute Marxisten sein, nicht Revolutionäre, sondern Revolutionäre. (Lebh., lang anhaltender Beifall.)

Hermann Müller-Parteivorstand:

Die Sozialdemokratische Partei kann mit der heutigen Debatte zufrieden sein. Ich habe in 25 Jahren viele geistig hochstehende Parteitagdebatten gehört, aber die heutige Erörterung kann sich damit vergleichen. Sie beweist, daß wir eine lebendige Partei haben. Der beste Theoretiker und der beste Praktiker der deutschen Sozialdemokratie haben gesprochen und sind erfreulicherweise ganz einig gewesen. Da frage ich Toni Sender: Mein Liebchen, was willst du noch mehr! (Heiterkeit.) Wenn Genossin Sender nur geredet hätte, könnte ich auch mit ihr einig sein. Aber leider hat sie eine Resolution unterschrieben, die Abtrag für Abtrag falsch ist. Da steht drin, daß die bisherigen Koalitionen im Reich die Interessen der Arbeiterklasse nicht gefördert hätten. Wir werden bei den nächsten Wahlen den Wählern schon klar machen müssen, welcher Unterschied bestand zwischen den Koalitionsregierungen, in denen Sozialdemokraten saßen und dem jetzigen Bürgerblock. (Sehr gut.) Ich kann auch nicht zugeben, daß die Bourgeoisie sich mit der Republik abgefunden hat. Sie möchte schon anders, wenn sie nur könnte. (Sehr wahr!) Ein geistreicher Rechtspraktiker hat einmal gesagt: Nur drei Menschen in Deutschland hielten die Republik für gefährlich: Löbe, Birth und Haas. (Große Heiterkeit.) Seit ich Löbe den beiden ausgerückt und sie beiden sind jetzt ganz allein. Aber deswegen schwöre ich doch nicht darauf, daß die Republik völlig gesichert ist. Löbe und Severing haben ihre geplante Zellenbildung in der Reichstagsfraktion verraten. Ich verspreche Severing, mit ihm in der Opposition so weit zu gehen, wie das für die preussische Koalition nur irgend erträglich ist. (Große Heiterkeit.) Genosse Aufhäuser hat ganz recht, daß das Zentrum gegen Worte nicht sehr empfindlich ist. Es ist von Hause aus an Worte gewöhnt. Aber deswegen begreife ich doch nicht diese merkwürdige Sorte Vulgärmarxismus, die den Bürgerblock mit Notwendigkeit von der heutigen Krise der ökonomischen Entwicklung herleitet. Der Bürgerblock ist entstanden aus dem Sturz der Regierung Marx durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und das Zentrum. Das Zentrum wollte ursprünglich die Regierung gar nicht, hat sich aber schließlich dem Druck der Volkspartei und des Reichspräsidenten unterworfen.

Die Härte in der Zentrumsarbeiterschaft ist viel älter als der Bürgerblock und am stärksten durch die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Zentrumsarbeitern auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet hervorgerufen worden.

Deshalb verschont uns mit dem ganzen Formelkram! Die Wirklichkeit ist ja viel komplizierter. Als der Kapp-Putsch kam, hatten wir auch keine Richtlinien. Die Friedensgesellschaft macht jetzt gegen uns im Lande eine Agitation, die mir politisch ganz unverständlich ist. Sie will eine Antireichswehrwoche veranstalten und bekämpft jede Koalitionspolitik. Aber wenn wir den Frieden im Osten erhalten wollen, so müssen wir doch vor allem dafür sorgen, daß Herr Herzog aus der Reichsregierung verschwindet. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn wir grundsätzlich überhaupt nicht mehr in die Reichsregierung sollen, geben wir den Deutschnationalen freie Hand, auch außenpolitisch gefährdende Konflikte heranzubehaupten. (Sehr wahr!) Keine Agitationspolitik nach Uschiens Rezept können wir auch nicht treiben, das würde uns im Volkstum nicht das geringste nützen. Könnte Stegerwald den christlichen Arbeitern sagen, daß die Sozialdemokratie jede Mitarbeit verweigert, so wäre unsere Werktauglichkeit unter den christlichen Arbeitern zu Ende. Wir müssen uns, wie Genossin Sender sagte, um den Boden der Demokratie ohne Belmord stellen. Auf diesem Boden müssen wir uns vereinigen zur Arbeit, die denen da unten zugute kommen soll und die hinauf führen soll zu den hohen Zielen des Sozialismus. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Dieterich-Erfurt:

Eine Beteiligung an einer großen Koalition kann gar nicht in Frage kommen, wenn die bürgerlichen Parteien, wie z. B. nach der Ruhrbesetzung, nur unseren Eintritt in die Regierung gestatten, um die Massen abzulenken von den Sünden der bisherigen bürgerlichen Regierung. Die Arbeiterschaft ist zu jeder Stunde bereit, die republikanische Staatsform zu verteidigen und wird sich von der Demokratie nicht abbringen lassen. Die Hauptsache ist, daß die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung immer im Bewußtsein der Massen vorwiegend ist. Wir lehnen es ab, Fuhrwerk zu sein für einen geistigen Generalstab der deutschen Republik. (Beifall.)

Heilmann-Berlin:

Ich kann Hermann Müller darin bestimmen, daß die Debatte hochstehend und ein Genuß für jeden Zuhörer war. Aber wozu führen wir eigentlich heute diese faktische Debatte über Opposition oder Koalition? Sehr aktuell ist die Frage gerade nicht. Im Reich wird die Frage der Teilnahme an einer Koalitionsregierung nicht so rasch an uns gestellt werden, und was Preußen anbetrifft, so war ich darauf gefaßt, auf diesem Parteitag einen großen Aufbruch für den Austritt aus der Preußenkoalition zu erleben. Diese Anregung ist aber gar nicht an uns herangetreten. Der Parteitag steht also auf demselben Standpunkt wie unsere Preußenkoalition. Es gibt Grenzen der Koalitionspolitik, und es ist keiner unter uns, der sich nicht Situationen vorstellen könnte, in denen wir lieber aus der Regierung hinausgehen als mitmachen. Aber solange diese Grenze nicht zwingend erreicht ist, wäre es vollkommenen Unsinns, die Koalition in Preußen gutwillig aufzugeben. Diese Koalition haben wir nicht durch die Gnade des Herrn Stegerwald, sondern weil das Zentrum in Preußen glaubt, in der Koalition mit uns einen Vorteil zu finden, so wie wir glauben, in dieser Koalition unseren Vorteil wahrzunehmen. (Sehr gut!) Das ist ein klares Geschäft und kein Gnadenakt. Es ist von Preußen an die Reichstagsfraktion nie der leiseste Wunsch herangetreten, die Opposition im Reich mit Rücksicht auf unsere Koalition irgendwie zu dämpfen. Allerdings gibt es einige Genossen bei uns, die die Taktik der Reichstagsfraktion nicht reiflos bewundern. Aber das Gleiche ist der Fall bei der preussischen Zentrumsfraktion des Reichstags. Von der Kritik an der Preußenkoalition bleibt lediglich übrig, daß Preußen im Reichsrat bei einigen Gelegenheiten Einspruch erhoben hat. Das ist nicht geschehen, weil es bei der Stimmenverteilung durch die Provinzvertreter ausnahmslos gewesen wäre. Wenn es ausreicht, wenn wir gestern beim Zusammentreffen, hat der Reichsrat unter Preußens Führung gegen die Begegnung des Bürgerblocks Einspruch erhoben. (Bravo!) Man sagt, der Schutz der Republik ist gesichert.

Aber wir haben auch dafür zu sorgen, daß den Arbeitern nicht die Republik vererbt wird, und sie muß ihnen vererbt werden, wenn dauernd die Monarchisten in der Republik regieren.

(Sehr wahr!) Wenn Sie also die Begeisterung für die Republik brauchen, so besorgen Sie damit die Notwendigkeit der Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung. Ich kann mir nicht denken, daß Arbeiter, Angestellte und freigeschaffene Beamte Freunde daran hätten, wenn die Sozialdemokraten dauernd außerhalb der Regierung ständen. Bei Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung hätte zweifellos das Arbeitszeitgesetz für die Arbeiter günstiger ausfallen müssen.

Die Verhandlungen werden hier unterbrochen, um dem Parteitag Gelegenheit zu geben, 4000 Kinder der Arbeiter Genossen, die vor das Gewerkschaftshaus gezogen sind, zu begrüßen.

Masaryk wiedergewählt.

Im ersten Wahlgang mit nahezu Zweidrittelmehrheit.

Prag, 27. Mai. (WBZ.) Um 12,10 Uhr verkündete der Präsident des Abgeordnetenhauses das Ergebnis der in der heutigen gemeinsamen Sitzung des Abgeordnetenhauses und Senats erfolgten Präsidentenwahl. Der bisherige Präsident B. S. Masaryk wurde im ersten Wahlgang mit 274 Stimmen für die neue siebenjährige Funktionsperiode zum Präsidenten wiedergewählt. Die erforderliche Dreifünftelmehrheit betrug 253 Stimmen.

An der Wahl nahmen 434 Abgeordnete und Senatoren teil. Auf den Namen des kommunistischen Senators Šturc lauteten 54 Stimmzettel. Es wurden 432 gültige Stimmen abgegeben, 104 Stimmzettel waren leer. (Danach schrieben sich der Stimme enthalten zu haben: die Nationaldemokraten, die Slowakische Volkspartei, die Deutschnationalen, die deutschen Nationalsozialisten und die deutschen und ungarischen Christlich-Sozialen. Red. des „N.“)

Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses begab sich Ministerpräsident Švechta im Automobil auf die Burg zur Einholung des wiedergewählten Präsidenten, der den Eid auf die Verfassung zu leisten hat. Das Resultat der Abstimmung wurde mit förmlichem Beifall aufgenommen. 21 Kanonenschüsse verkündeten der Bevölkerung die vollzogene Wahl. Auf dem Abgeordnetenhause wurde die Standarte des Präsidenten gehißt.

Es ist für die tschechoslowakische Republik ein großes Glück gewesen, daß bald nach ihrer Entstehung der große Philosoph Masaryk an ihrer Spitze stand. Denn ohne diesen von den breiten Massen abgöttisch verehrten Führer, dessen tiefempfundene demokratische und soziale Ueberzeugung sich in allen kritischen Stunden als der entscheidende ausgleichende Faktor bewährte, würde

die Tschechoslowakei sich niemals politisch und wirtschaftlich so konsolidiert haben, wie das heute tatsächlich der Fall ist. Nationalitätstreue und wirtschaftlicher Wirrwarr waren beim Zusammenbruch der Donaumonarchie die Hauptmerkmale dieses Nachfolgestaates. Heute ist der Ausgleich, insbesondere zwischen Tschechen und Deutschen, angebahnt und macht immer neue, wenn auch langsame Fortschritte. Wirtschaftlich steht die Tschechoslowakei am besten von allen Nachfolgestaaten da. Das alles ist zum wesentlichen Teil das persönliche Verdienst Masaryks.

In den Arbeiter- und Bauernmassen ist das Ansehen Masaryks von Jahr zu Jahr gestiegen, gestiegen in dem Maße, wie sich das nationalsozialistische und kerikale Bürgertum von ihm, dem Demokraten, Pazifisten und Friedentker wandte. Allerdings haben auf tschechischer Seite nur die Nationaldemokraten, die von dem an unbefriedigten Ehrgeiz leidenden Kramarš geführt werden, es gewagt, offen gegen ihn Stellung zu nehmen. Auch die Kerikalen hassen ihn, den Atheisten, aber eine offene Stellungnahme gegen ihn hätte eine Rebellion der katholischen Bauern hervorgerufen. Auf deutscher Seite haben die Nationalisten gegen Masaryk Stellung genommen, hingegen haben die deutschen Landwirte, die deutschen Gewerbetreibenden und die deutschen Sozialdemokraten für ihn gestimmt.

So hat der Achtundsiebzigjährige das Wunder vollbracht, in einem national und politisch zerrissenen Staatswesen gleich im ersten Wahlgang mit nahezu Zweidrittelmehrheit zum Präsidenten der Republik wiedergewählt zu werden.

Politische Schlägerei in München.

Nationalsozialisten als Provokateure.

München, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ein acht Mann starker Trupp Nationalsozialisten marschierte am Mittwoch abend geschlossen und mit Fahne durch das Münchener Arbeiterviertel Giesing, wobei es infolge des provokatorischen Verhaltens der Nationalsozialisten zu einer schweren Schlägerei mit politischen Gegnern kam. Eine Reihe der Beteiligten wurde dabei verletzt. Ein Nationalsozialist erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er nach der Einlieferung ins Krankenhaus inzwischen gestorben ist.

Die reaktionäre Presse schlächtet diesen bedauerlichen Zwischenfall zu einer wüsten Hege gegen das Reichsbanner aus, obwohl die eingeleitete Untersuchung eine Klärung des Tatbestandes noch nicht gebracht hat. Der Stadteil Giesing ist der Hauptsitz der Kommunisten in München und zählt verhältnismäßig nur wenig Mitglieder des Reichsbanners. Schuld an dem Vorkommnis ist zweifellos in erster Linie die seit Wochen in der Öffentlichkeit betriebene Hege der Vaterländischen Verbände.

Wer rettet uns?

München bestimmt nicht!

Nationalsozialisten, Antisemiten und die „Schöpfenden aller Stände“ haben sich, wie der Münchener „Völkische Beobachter“ anordnet, im historischen Bürgerbräu einzufinden. Juden ist der Zutritt verboten. Man kennt das Schema. Aber es spricht ein ganz bedeutender Mann: Herr Dr. Goebbels, der „Führer des aufgelösten Gaues Berlin“, und sein Thema lautet: „Kampf um Berlin oder Volk in Not, wer rettet uns?“

Die Frage ist falsch gestellt. Es muß heißen: Wer hat uns aus dem tiefsten Sumpf, in dem wir nach den hohenzollernischen Zusammenbruch stecken, gerettet? Antwort: Preußen und seine republikanisch-demokratische Regierung. Wer aber rettet uns bestimmt nicht? München und die Herren Hitler und Goebbels!

Einberufer: Georg Straßer, W. d. R., und Oberstandesmacher.

General v. Stein gestorben. In der Nacht von Mittwoch zum Donnerstag verstarb in Vehn in der Mark der Kriegsminister a. D. und 1. Generalquartiermeister im Weltkrieg, General der Artillerie, von Stein im 73. Lebensjahre.

Verantwortlich für Politik: Victor Schöff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gemeindefortschritt: J. Steiner; Freiwirtschaft: R. B. Wäger; Politik und Sozialismus: Fritz Kärstner; Angelegenheiten: H. Oskar; Familien in Berlin: Bestlag; Formärzte-Berlin: G. m. b. H. Berlin; Druck: Formärzte-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Kulturarbeit“.

Der Bruch mit Rußland vollzogen.

Vertrauensvotum für Baldwin.

London, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstagsitzung des Unterhauses fiel die endgültige Entscheidung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau, indem der Antrag der Arbeiterpartei, eine Untersuchungskommission zur Prüfung der Vorwürfe gegen die Sowjetregierung einzusetzen, mit 367 gegen 118 Stimmen abgelehnt wurde. Das Vertrauensvotum für die Regierung fand darauf mit 357 gegen 111 Stimmen bei 50 Stimmenthaltungen der Liberalen Annahme. In einer großen anderthalbstündigen Rede hatte vorher Lloyd George die Außenpolitik angegriffen, die nicht mehr im Außenministerium, sondern in anderen Kreisen gemacht werde.

Auch Kanada kündigt das Handelsabkommen.

Paris, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus Ottawa in Kanada wird gemeldet, daß nach einem fünfstündigen Ministerrat der Premierminister King der Presse erklärte, daß Kanada dem Beispiel Englands folgen und in den nächsten Tagen das Handelsabkommen mit Rußland kündigen werde.

Den Abstimmungen war eine Debatte vorausgegangen, in der nach Clynes Chamberlain in einer längeren Rede betonte, England habe durch Locarno bewiesen, daß es gewillt sei, für den Frieden zu wirken. Nur eine Regierung hätte sich in allen Fragen gewiebert, an der gemeinsamen Friedensarbeit mitzuwirken, die Sowjetregierung, die sich sowohl dem Völkerbunde wie auch dem Britischen Reich gegenüber stets feindselig verhalten hätte. England habe sich trotzdem bemüht, Beziehungen forzuführen, die ein leerer Trug geworden wären. Alle Warnungen hätten nichts geholfen, die Geduld der englischen Regierung sei erschöpft. Weiteres Verharren würde Schwäche oder Betrug und eine dauernde Quelle von Erregung und Gefahr bedeuten. (Stürmischer Beifall der Konservativen.)

Lloyd George meinte, eine Aktion der Regierung sei wohl gerechtfertigt gewesen, ob aber der Zeitpunkt gut gewählt worden sei und ob es gerade diese Aktion sein mußte, bezweifelte er. Er beklagte die wirtschaftlichen und außenpolitischen Folgen des Abbruchs.

Der Konservative Sir Robert Horne meinte, die Handelsbeziehungen würden dennoch weitergehen. Der Konservative Moore verlangte von der Regierung eine klare Erklärung über diesen Bruch. Schließlich erklärte der Innenminister Johnson Hyde, daß

die englische Regierung noch vieles Material besitze, darunter eine Liste zahlreicher z. T. hochstehender Spione Sowjetrußlands, sowie eine auf dem photographischen Apparat der „Arcos“ aufgenommene Photographie des verschwundenen Staatsdokuments.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Holland

Bei den Gemeindevahlen.

Amsterdam, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bei den niederländischen Gemeindevahlen am 25. Mai erhöhten die Sozialdemokraten ihre Sitze im Haag von 13 auf 14, in Zaandam von 8 auf 9 Sitze; sie behaupteten in Rotterdam 15, in Utrecht 11 Sitze und verloren bei fünfzig 15 Beiratern einen Sitz in Amsterdam.

Zentrum und Preußenkoalition.

Ein deutlicher Wink an die Rechte.

Die parteioffizielle Korrespondenz des Zentrums erläutert den Deutschnationalen den Sinn des preussischen Landesparteitages des Zentrums in folgenden Sätzen:

„Ob nach den unzweideutigen Ausführungen des Abgeordneten Dr. Heß über die großen politischen Tagesfragen Preußens nun wohl endlich das Gerede über einen möglichen Kurswechsel in Preußen still werden wird? In der letzten Zeit war es etwas laut geworden, und namentlich auf der Rechten konnte man sich nicht genug damit tun. Das ist nun alles gründlich zerstört. Die heutige Koalition wird menschlichem Ermessen nach bis Ende 1928 bleiben. Die bisherige Politik des Landtages ist in einer Resolution von ungewöhnlicher Wärme vom Parteitag gebilligt worden.“

Also: Preußen ist für Westarp und die Seinen ein hoffnungsloser Fall.

Der polnische Staatspräsident hat ein Pressedekret herausgegeben, durch das sowohl Befeidigung seiner Person, wie auch die Verbreitung falscher oder entstellter Nachrichten mit hohen Geld- und sogar Gefängnisstrafen gesühnt werden. — Sollte der Zweck dieses Erlasses auch sein, jede Berichterstattung über die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Oberschlesien, in der Ukraine und in Weißrußland zu verhindern? Denn wer entscheidet darüber, ob eine Nachricht „falsch“ oder nur „entstellt“ sei? Doch nur die Organe der Regierung selber!

<p>Concordia-Palast, Andreasstraße 64 Vom 27. bis 30. Mai Einbruch.</p>	<p>Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99 Ab Freitag, den 27. Mai: Die Weber Wochentags 5, 7 und ca. 9 Uhr. Sonntags 3, 5, 7 und ca. 9 Uhr.</p>
<p>Humboldt-Theater, Badstraße 19 Vom 27. bis 30. Mai Sein größter Bluff mit Harry Piel Beiprogramm und Bühnenschau</p>	<p>Viktoria-Lichtbildtheater, Frankfurter Allee 48 Ab Freitag, den 27. Mai: Die Weber Wochentags 5, 7 und ca. 9 Uhr. Sonntags 3, 5, 7 und ca. 9 Uhr.</p>
<p>Ballschmied-Lichtspiele, Badstr. 16 Vom 27. bis 30. Mai 2-Schlager-Programm Meister der Welt und Bin Tin Tin von Spürhunden verurteilt Beiprogramm und Bühnenschau</p>	<p>Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52 Ab Freitag, den 27. Mai: Die Weber Bühnenschau. Wochentags 5, 6 und ca. 9 Uhr. Sonntags 4, 5, 6, 8 und ca. 9 Uhr.</p>

Linden-Eck

Lindenstraße Ecke Ritterstraße

Eigene Haus-Schlächterei

Mittagstisch von 12-6 Uhr von 60 Pf. an

Die gute Küche!
Gut gepflegte Biere!
Molle 20 Pf.

Ab 4 Uhr Konzert!

Wurstverkauf
außerm Hause!

Neu eröffnet!
Wurstverkauf
außerm Hause!

Für jede Figur

die richtige Passform in fertiger Kleidung

Große Auswahl * Niedrige Preise

<p>Sakko-Anzug mittelgrauer, modern karierter Cheviot, zweireihig M.</p>	<p>Sakko-Anzug hellmoderfarb., modern karierter Kammgarn, einreihig</p>	<p>Sport-Anzug Fallenjoppen-Form m. Breeches, dauerhafter Leder . . M. 47.-</p>	<p>Jüngl.-Sport-Anz. modern geschnittener Cheviot, gestrichelte Breeches, Gr. 38, M.</p>
<p>Sakko-Anzug glatter Cheviot in grau und moderfarbig, feines Oberkaro, 1 reihig</p>	<p>Sakko-Anzug kraft braun, molliertes Kammgarn m. Ueberkaro, zweireihig</p>	<p>Sport-Anzug Sport-Sakko m. kurze Hose, in dunkel Cheviot-Must. M. 52.-</p>	<p>Jüngl.-Sakko-Anz. mittelgrüner karierter Cheviot, zweireihig Gr. 38, M.</p>
<p>Sakko-Anzug mittelgrauer in sich gemustertes Cheviot mit Ueberkaro, 3 reihig</p>	<p>Sakko-Anzug dunkelbraunes Kammgarn m. dunkel Streifenstreifen, einreihig</p>	<p>Sport-Anzug dunkel, m. lang. u. kurz. Hose, tolle Must., Jerbe-Strap.-Qual. M. 69.-</p>	<p>Einknopf-Anzüge Hose blau Satin, Blau Zephir, einz. u. gestr. L. 2 J., M. 7, 9, 5.-</p>
<p>Sakko-Anzug dunkelgrauer, fein gestreifter Gardino, zweireihig M.</p>	<p>Sakko-Anzug Kammgarn bester Qualität, hell- moderfarb. m. eleg. Karo, 2 reihig</p>	<p>Sport-Anzug dunkel, mit langer u. kurzer Hose, aparte Farb., mod. Form. M. 116.-</p>	<p>Kieler Anzüge aus blauweiß gestreif. Calet, für 3 Jahre M. 9.-, 10.-</p>
<p>Sakko-Anzug kammgarnartig, dunkel karierter stoff, prakt. Moderfarb., 1 reihig</p>	<p>Blaue Sakko-Anz. Cheviot m. Kammgarn-Webf. je nach Qualität, M. 116.-, 89.-</p>	<p>Jüngl.-Wasch-Anz. schwarzweiß karierter Baum- wollstoff mit Breeches - Gr. 38</p>	<p>Kieler Anzüge aus weißem Satin, kurze Hose, für 4 Jahre M. 12.-</p>

Leineweber

Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-6

Friesack 600 Jahre Stadt.

Das Städtchen Friesack in Westhavelland feiert in diesen Tagen ein Sechshundertjährigebildung...

Die Sechshundertjahrfeier.

die aus diesem Anlaß in Friesack veranstaltet wird, ist ein Ereignis für das stille Landstädtchen...

dukt, ehe die schwarzweißroten aufgebracht sind. Schwarzrotgold sieht man an den öffentlichen Gebäuden der Stadt...

Festakt vor dem Rathaus.

der am Mittwoch stattfand, hatte Bürgermeister Brasse die Festrede beizuhalten. Er vermied es, die politischen Ereignisse der neuesten Zeit zu berühren...

Das Programm dieses Sechshundertjährigebildung der Stadt Friesack zeigt auch noch an mancher anderen Stelle eine merklich schwarzweißrote Färbung.

vermieden werden, die Verzögerungen zur Folge haben können. Es empfiehlt sich, die Pakete gut zu verpacken...

Die Besatzungsverhandlung gegen v. Röhne jun., die, wie wir mitteilen, am Sonnabendmorgen in Potsdam stattfinden sollte, ist vertagt worden.

Schwere Auto- und Flugzeugunfälle.

64 Unfälle beim Badberg-Dierck-Rennen.

Chemnitz, 27. Mai. (T.L.) Bei dem sogenannten Badberg-Dierck-Rennen, das am Himmelfahrtstage zum erstenmal stattfand, ereigneten sich 64 Unglücksfälle...

Köln, 27. Mai. (T.L.) Von dem aus sechs Doppeldeckern bestehenden Luftgeschwader des in Köln gastierenden Zirkus Storch-Sarrajan stürzte am Donnerstag mittag ein Flugzeug nach Ausführung von Schräglagen infolge plötzlicher Verzögerung des Motors aus einer Höhe von 220 Metern in eine Baumgruppe ab...

Paris, 27. Mai. (T.L.) Ueber Le Bourget stießen zwei Militärflugzeuge zusammen. Der Führer des einen Apparates wurde getötet, während der andere sich mit Hilfe seines Fallschirmes retten konnte.

Schwere Explosion auf Wintershall.

Heeringen a. d. Werra, 27. Mai. (T.L.) Donnerstag nachmittag explodierte auf dem Kalimert Wintershall die Schweißanlage. Zwei Schweißer wurden sofort getötet...

De Vinedo auf einem italienischen Dampfer.

Rom, 27. Mai. „Agenzia Stefani“ meldet aus Horitz, daß nach mehreren Stunden langer Erwartung wegen des Fehlens jeder genauen Nachricht über das Flugzeug „Sonia Maria“ heute um 16.40 Uhr endlich gemeldet wurde...

Sturmkatastrophe in Amerika.

New York, 27. Mai. (T.L.) Im Staate Virginia hat eine plötzlich niedergehende Windstöße die Städte Norfolk und Portsmouth sehr stark mitgenommen. Viele Häuser und größere Strecken bebauten Geländes wurden zerstört...

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wer sich über den Wandel der Mode unterrichten und zugleich einen guten Rat darüber hören will, wie weit es für seine besonderen Bedürfnisse am besten ist, sich dem auszuwählen oder lieber dem letzten treuen bleiben...

Reichsbannertag in Eberswalde.

Stahlhelm provoziert — Polizei gegen Reichsbanner.

Am Mittwoch und Donnerstag fand in Eberswalde ein Republikanertag statt, zu dem die Berliner und Stettiner Kameraden teils mit dem Auto, teils mit der Bahn eintrafen...

durch Angehörige des Personendampfers gerettet werden. Ueber die Ursache des Zusammenstoßes sind die näheren Ermittlungen im Gange.

Der Brillantenangler am Warenhausfenster.

Mit ungewöhnlicher Dreistigkeit ging am Freitag früh ein Schaufenstereindurcher beim Warenhaus Wertheim in der Leipziger Straße vor. Die Schaufenster des Hauses wurden abends durch eine Kollisionsgefahr gefährdet...

Pfingstpalettenverkehr. Die Deutsche Reichspost littet, mit der Verwendung der Pfingstpalette möglichst frühzeitig zu beginnen, damit Anhäufungen in den letzten Tagen vor dem Fest

Dampferzusammenstoß bei Spandau. Am Mittwoch nachmittag gegen 9.20 Uhr wurde in der Nähe Eiswerderbrücke und Gasanlass Spandau der Schleppdampfer „Gerhard“ von dem Personendampfer „Hanfa“ gerammt...

Des Dichters Frühling.

Von Emil Rath.

Auch wenn es nicht die Schwalben wären, die vor seinem Fenster unter dem Dach ein- und ausfliegen, — der Dichter hätte doch gemerkt, daß Frühling war. Bis in die letzten Wochen hinein noch hatte ihn seine Frau sanft ermahnt...

Maifrische? Der Dichter erwacht — ein abgestreiftes Wesen liegt hinter ihm; der Sklave des Lebens, der sich müht und plagt wie die anderen alle...

Hungernd pflügt? Hunger — gewiß, oft war es mehr als Karg, aber man konnte leben. Man schuf Werte für den Tag. Der andere Hunger bleibt ungestillt...

In immer heißerer Sehnsucht denkt sich der Dichter hinein. Er kommt an eine hellerleuchtete Auslage mit vielen, vielen Schuhen in allen Größen und Farben...

Bald sitzt er wieder dahinten vor dem grünen Lampenschirm. Gewaltig zwingt er seinen Blick auf das weiße Papier, daß er nicht abirrt zum Firmament...

Boshafte Lächeln der Natur über sich selbst — „Dichter, wo bleibt dein Frühling?“

Männerstolz vor Königsthronen.

Eine Kulturart der Berliner Funktunde. Welches Gedränge von bedeutenden Persönlichkeiten auf knapp einhundertundfünfzig Seiten. Die erlauchten Federn sind gewacht worden...

Doch das ist nicht Schlimm. Die Funktunde wolle sich ihren Sprechern und Schauspielern gegenüber dankbar erweisen und den Beweis liefern, daß sie, Gott sei Dank, in der finanziellen Lage ist, jeden für sich schreiben zu lassen...

andere gewichtigere Persönlichkeiten gleich zwei ausgewachsene Gläser verabsichtigt erhalten, an denen zwei Literaten ihre Federn zerpfücken. Da ist beispielsweise der Rundfunkdirektor Anspöck...

Ah, jeder Mensch hat halt a' Sehnsucht. Da sieht man nur, „das Telephon spricht“, man ist ein Diktator in Besessenenformel, und kein Mensch weiß das, man blüht wie ein bescheidenes Priemelchen im Verborgenen...

Schallplattenaufnahmen niederdeutscher Sprachproben. Unter Leitung von Professor Doegen, dem Schöpfer des Schallplattenarchivs der Preussischen Staatsbibliothek...

Kunstwolle aus Fichtennadeln. Die englische Blätter berichten, beachtlichen britische Kapitalisten, ein von deutschen und italienischen Gelehrten angelegenes Verfahren zur Herstellung von Kunstwolle im großen auszuheuten...

Porträte. Der Professor für Ornithologie an der Universität in Buenos Aires, Dr. Carlos R. Beulsi, bricht Sonnabend, 8 1/2 Uhr, im Hotel 123 der Universität über „Die Förderung des kulturellen Austausches zwischen Deutschland und Argentinien“...

Mag Stroog hat den Kustrog erhalten. Den Bremer Ratgeber auszumalen.

Oskar Fried in der Pariser Oper. An der Pariser Oper hat der deutsche Adolfsmeier Oskar Fried am Himmelfahrtstage ein Dirigentengastspiel...

Pirebello erhält den Nobelpreis für Literatur? Dem Gianrico d'Ussig zufolge soll der Nobelpreis für Literatur Pirebello zugesprochen werden.

Kulturarbeit

Volksarmut / Wochenende.

Von Paul Dobert.

Vom Gelde heißt es bekanntlich, daß es allein nicht glücklich macht, man muß es auch besitzen. Ähnlich kann man auch vom Wochenende sagen: Wochenende ist etwas Schönes wenn man es richtig genießen kann. Dazu ist vor allem nötig, daß der Schluß der Wochenarbeit auf den Sonnabendmittag gelegt wird. Wie die „Afa“ in einer Tabelle zeigt, ist dies noch nicht bei der Hälfte der Berufe der Fall. Und der richtige Genuß des Wochenendes hängt mit dem Einkommen zusammen, das heute meist schlechter als früher geworden ist. Leser und Leserin der nachfolgenden Zeilen werden hoffentlich aus den Betrachtungen einigen Nutzen ziehen: eine neue Lösung des Problems wird vorgeschlagen — mögen sich Männer und Frauen finden, die ihre Durchführung in die Hand nehmen.

Sollte es nicht einen Weg geben, der dem Bedürfnis der Tausenden und aber Tausenden, nach sechs Arbeitstagen einen wirklichen Erholungstag zu haben, in solcher Weise gerecht werden kann, daß auch ein bescheidenes Einkommen Anspruch auf Erfüllung hat? Die Antwort gibt der Blick auf die

Errungenschaften der Volksbühne.

denen sich jetzt die Erfolge der „Bücherkreise“ anschließen. Wie es möglich ist, daß der Arbeiter monatlich einmal ein gutes Theaterstück in einem bequemen Parkettplatz aus sehen kann und sich eine Bibliothek anzuschaffen vermag, so muß auch durch Organisation eine Befriedigung des Wochenendbedürfnisses geschaffen werden können.

Massentransport und Massenunterbringung sind die beiden Forderungen, die sich erheben. Der Export wird dem ersten Punkt gerecht: die Errichtung eines auf Massenunterbringung berechneten Hauses ist aber notwendig, wenn man mit der Eisenbahnfahrt das Wochenendproblem lösen will. Wohl findet sich in den Prospekten, die in den Ausstellungskloster der Städte der Markt ausliegen, hier und da ein Hinweis auf die Frage des Massennachquartiers, aber das für zwanzig Pfennige angebotene Gasthousquartier eignet sich wohl kaum für Familien mit kleineren oder heranwachsenden Kindern. Und die Vereine, die sich im Hinblick auf die Wochenendausstellung und die durch sie aufgeworfenen Fragen gebildet haben, rechnen doch zumeist mit dem Teil des Volkes, der für einen Ausflug auch die teuerste Sonntagsfahrkarte der Reichsbahn und die Unterkunft im Hotel bezahlen kann. Gewiß, an sich ein anerkanntes Streben, in das Chaos der Einzelreisen eine gewisse Ordnung hineinzubringen und namentlich Rechte und Pflichten dem Publikum und Gastwirt genau abzugrenzen. Aber eine Lösung des Wochenendproblems als

sozialer Massenerholung

ist damit nicht gegeben. Ob Gemeindebehörden und Gastwirte den Massenstrom von Besuchern durch rasche Errichtung von Massenquartierhäusern an sich zu ziehen geneigt sind, muß abgewartet werden.

Will man aber eine durchgreifende Lösung haben, so muß man sich an das Vorbild der Sennocke halten, die ihr Haus mit sich schleppt. Dies ist nun auf der Eisenbahn nicht möglich, wohl aber auf dem Wasserwege, dessen Benutzung gerade bei Berlin die größtmögliche Abwechslung in dem Ziel des jeweiligen Ausfluges gestattet. Auf

Wohnschiffen.

die nach dem Schlafwagenprinzip eingerichtet sind, von Schleppern gezogen, geht es hinaus ins Freie. Die Vordrängung des Motors von dem Wohnschiff hat so offen zutage liegende Vorteile, daß nicht weiter darauf eingegangen zu werden braucht. Für die Enge der Kabinen entschädigt der Aufenthalt an Deck, die würzige Luft des freien Landes, das Bad in den kühlen Fluten. Aber die Kosten? Da die Schiffe für den a la Volksbühne gebildeten Wochenendverein nur vom Sonnabend bis Montag zur Verfügung zu stehen haben, können sie vier bis fünf Tage ihr Geld verdienen: Schulen ins Freie befördern, Vereinen, Geschäftspersonal für Ausflüge zur Verfügung gestellt werden, ja auch abends am heimischen Landeplatz Tanz- und Musikvergünstigungen im Freien bieten.

Daß neben diesen „schwimmenden Nachtlagern“ natürlich auch der Gedanke der Errichtung von

Massenunterkunftshäusern

nicht von der Hand gewiesen werden soll, ist klar. Aber der Bau kostet mehr Geld, als wohl zu Anfang zur Verfügung stehen dürfte, selbst wenn einsichtige Magistrats- und Dorfgemeindevorsteher die Belegung ihrer Orte durch freie Landüberweisung unterstützen würden. Bei der Volksbühne ist auch nicht erst das Theater gebaut und dann die Gemeinde gebildet worden — man wird schrittweise vorgehen müssen, um schließlich einen stolzen Bau auftragen zu sehen. Daß regierungsseitig die Idee Unterstützung finden würde, ist wohl anzunehmen.

Neben dem Schlafen spielt natürlich das Essen eine große Rolle.

Einsätze Massenspeisung

ist möglich, deren Kosten am besten dem Vereinsbeitrag einzurechnen ist. Jeder Teilnehmer weiß im voraus, was er zu leisten hat.

Und nun glückliche Fahrt! Wie man heute versucht, die Jugend von den Folgen der grausigen Kriegsjahre freizumachen, so sollte auch den arbeitenden Kreisen die Möglichkeit verschafft werden, den Körper in Luft und Sonne zu kräftigen. Ihr Frauen und Männer des arbeitenden Standes habt schon so manches Werk der Kultur aus eigenen Kräften geschaffen — und auch das neue Problem wird von euch begriffen und gelöst werden.

Die Schule der Wirklichkeit.

Kulturelle Bedeutung der weltlichen Schulen.

Dem Kieler Parteitag liegt eine Resolution zur Frage der weltlichen Schule vor, die in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes mit führenden Schulmännern der Partei, in erster Linie Vorstandsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, einstimmig beschlossen worden ist. In Übereinstimmung mit dem Heidelberger Parteiprogramm lautet der erste Satz dieser Resolution: „Die Sozialdemokratie erstrebt die Weltlichkeit des gesamten öffentlichen Schul-, Erziehungs- und Forschungswesens unter unbedingter Aufrechterhaltung der staatlichen Schulhoheit.“ Von dieser Grundforderung aus werden dann Richtlinien gegeben für die Haltung der Partei in den kommenden Schulkämpfen, die in der Hauptsache auf ein entschiedenes Eintreten für die Gründung weltlicher Schulen hinauslaufen. Es wird also notwendig, daß sich die Gesamtheit der Parteigenossen mehr als bisher mit der Frage der weltlichen Schule beschäftigt, um zu erkennen, weshalb die weltliche Schule von unserem Standpunkt aus so wichtig ist. Im folgenden sei etwas über die kulturelle Bedeutung der weltlichen Schule gesagt.

Um diese zu begreifen, muß man sich von der leider immer noch weit verbreiteten Ansicht freimachen, als handle es sich bei der weltlichen Schule nur um eine Schule ohne Religionsunterricht oder gar um eine antikirchliche Schule. Entscheidend ist vielmehr ihr positiver Charakter als Schule der Wirklichkeit, die, in unserem heutigen Leben wurzelnd, die Gesamtheit unserer heutigen, weltlich gewordenen Kultur widerspiegelt, was eine von überlebten Ideologien ausgehende kirchliche Schule nicht vermag.

Richtlich war die Schule und mußte die Schule sein, solange die Kirche als Trägerin einer höheren Kultur, als alleinige oder vornehmste Vertreterin von Wissenschaft, Kunst und Bildung, eine maßgebende gesellschaftliche Rolle spielte. Aber die Zeit, wo das der Fall war, die Zeit des Mittelalters, ist vorbei. Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, Wissenschaft und Kunst sind weltlich geworden. Selbst im privaten Leben des modernen Menschen hat die Kirche im allgemeinen nur noch eine gelegentliche und peripherische Bedeutung. Schrieb doch eine katholische Zeitschrift kürzlich klagend über „die Gottlosigkeit des Alltags“ selbst innerhalb der Kreise der katholischen Gläubigen.

Heute ist also eine kirchliche oder von der Kirche beeinflusste Schule mit Notwendigkeit weltlichkeitsfremd. Kirchliche Dogmen, kirchliche Ideologie, kirchliche Autoritätslehre stehen in Widerspruch zur Wirklichkeit unseres heutigen Seins, und verzögern und erschweren die reifliche Anpassung des Bewußtseins an dieses Sein. Eine kirchliche Schulziehung wirkt somit nicht kulturfördernd, sondern kulturchemmend, sie bringt nicht Klarheit, wie man sie zur Bewältigung der Aufgaben unserer Gegenwart braucht, sondern Verwirrung, sie ist nicht zukunftsgerichtet, sondern rückwärtsgewandt.

Nun hat sich ja entsprechend der zunehmenden Verweltlichung des gesamten Lebens in den europäischen Kulturstaaten die allmähliche Verweltlichung der Schule vollzogen, eine Entwicklung, die in ihrer Konsequenz zur vollständigen Trennung von Kirche und Schule führen muß und zum Teil bereits geführt hat. Auch in Deutschland hat sich die Schule zunehmend verweltlicht, bei der engen Verbindung der Kirche mit dem allen Oberstaatsamt allerdings keineswegs bis zur letzten Konsequenz; den Religionsunterricht ganz aus den Schulen zu entfernen und ihn den Religionsgesellschaften zuzuwenden. Man hat im Gegenteil den Kirchen einen immer noch erheblichen Einfluß gelassen.

Statt daß nun die deutsche Republik hier das Versäumte nachholt und die Schule in Einklang bringt mit der heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit, will die reaktionäre Reichstagsmehrheit im kommenden Reichsschulgeseh den Einfluß der Kirche auf die Schule nach Möglichkeit steigern, ja der Kirche, soweit es irgend geht, einen bestimmenden Einfluß auf die Schule einzuräumen. Da aber in Deutschland die verschiedensten Konfessionen und Weltanschauungen bestehen, ist das nur möglich, indem man für viele verschiedene Bekenntnisse und Weltanschauungen besondere Schulen schafft, wobei allerdings die katholische und evangelische Kirche, so wie man es wünscht, den Vorrang bekommen. Die Verweltlichung dieser Pläne bedeutet eine verhängnisvolle Zersplitterung des deutschen Schulwesens. Verhängnisvoll müßte diese Zersplitterung eigentlich gerade denen ihrer Urheber erscheinen, die sich mit Empörung „national“ nennen. Denn diese Zersplitterung macht die Erziehung von einer einheitlichen Grundlage aus zu einem einheitlichen Ziel hin unmöglich und sie verhärtet die Gegensätze, statt sie zu überwinden. Kulturchemmend ist diese Zersplitterung weiterhin, weil für die Anhänger der ver-

schiedenen Bekenntnisse nichtleistungsfähige Zwergschulen geschaffen werden sollen. Deshalb heißt es in unserer Resolution: „Die Ausschaltung der trennenden religiös-weltanschaulichen Gegensätze ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung leistungsfähiger Schulkörper und für die Erzielung pädagogischer Höchstleistungen.“ Nur die weltliche Schule, die den Religions- und weltanschaulichen Unterricht den Bekenntnissen und Weltanschauungsgemeinschaften zuweist, kann die allgemeine Schule des weltlichen Staates sein.

Wie die Dinge heute bei uns liegen, läßt sich die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens nicht durchsetzen. Man wird vorerst nicht verhindern können, daß die die Mehrheit besitzenden Parteien aus egoistischen Machtgründen das deutsche Schulwesen zerschlagen, und sich damit schwer sowohl gegen das Staatsinteresse wie gegen die kulturelle Entwicklung veründigen. Auch die weltliche Schule verliert damit ihren einen großen Vorzug, die alleinige Schule des weltlichen Staates zu sein. Aber sie gibt keineswegs diesen Anspruch auf. Sie kann und muß vielmehr als einzige Schule diesen Anspruch unentwegt erheben, den zu stellen für jede der andern, bekennnisfähigen Schulen einfach absurd wäre, und deshalb wird bei der scheinbar so trostlosen Zersplitterung des Schulwesens es die weltliche Schule sein, durch welche diese Zersplitterung wieder überwunden wird. Sie ist die einzige Schulart, die der heute erreichten Entwicklungsstufe gerecht wird. Sie allein geht mit der Entwicklung und mit ihr geht die Entwicklung, zu der die Bekenntnisschulen in immer unlösbarer Widersprüche geraten müssen.

Die weltliche Schule ruft nicht die Vergangenheit zu Hilfe, um das, was überlebt und ungerecht an der Gegenwart ist, zu stützen, sondern sie geht von dem Lebensvollen und Fruchtbareren dieser Gegenwart aus, um die Zukunft gestalten zu helfen. Nicht veraltete Dogmen, nicht eine in abgeforderten Zeiten wurzelnde, wirklichkeitsferne Sittenlehre bilden hier die Grundlage des Unterrichts, sondern die naturwissenschaftliche und gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnis unserer Zeit. Während die konfessionelle Schule hier notwendig an Widerprüchen frucht, die zu Unklarheit und nur zu oft zu Heuchelei führen müssen, wird die weltliche Schule die Augen öffnen, damit sie die Wirklichkeit sehen, wie sie ist. Sie wird damit zugleich die Kinder die Probleme und die Aufgaben unseres Jahrhunderts erklären lehren und die Fähigkeit zu ihrer Lösung steigern. Als Schule des wirklichen Lebens wird sie überall ausgehen müssen von diesem Leben. In ihr wird die mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gegebene Entwicklung zu Demokratie und Gemeinschaft ihre Stätte finden. Statt anstarrer Autorität, statt persönlicher Heber- und Unterordnung werden in ihr demokratische Formen und sachliche Einordnung herrschen. So werden die Kinder in ihr nicht brauchbar gemacht für die Einfügung in die heutige Massengesellschaft, sondern gemäßigt an die soziale Verantwortung, welche das unentbehrliche Erfordernis ist für die werdende Gesellschaft.

In dieser zukunftsbedingenden und zukunftsreichenden Schule werden sich die fortschrittlichsten Elemente der Lehrerschaft sammeln und die Eltern und Kinder der Klasse, die vor allem berufen ist, die Zukunft zu gestalten, der Arbeiterklasse, das Wort im weitesten Sinne verstanden. Ihrem ganzen Weien nach wird sie bestrebt sein müssen, weit mehr als die autoritative und reaktionäre Bekenntnisschule den Eltern die Lere der Schule möglichst weit zu öffnen, und darüber hinaus die Schule möglichst stark in Leben und Dasein zu verankern. So kann und muß sie, statt der abgeschlossenen Schulkategorie, ein erzieherischer, geistiger und kultureller Mittelpunkt werden. Sie wird so das ihre tun, um „aus Menschen“ zu erziehen, kluge, selbständige und vor allem verantwortungsbewusste, solidarisch führende und denkende Menschen.

So gegeben, positiv gesehen, erhält die weltliche Schule eine unvergleichliche kulturelle Bedeutung als Wegbereiterin der werdenden Gesellschaft. Kein Zweifel, daß sie bei der Unzulänglichkeit der Religionen und der Weltanschauungen nicht von heute auf morgen und nicht überall in gleicher Weise dieser ihrer Aufgabe gerecht werden wird. Aber diese Aufgabe selbst ergibt sich mit Notwendigkeit aus ihrem Wesen. Es gilt, sie zu erkennen und an ihrer Lösung mitzuarbeiten. Und deshalb ruft die Resolution des Kieler Parteitages die Parteimitglieder auf, die weltliche Schule „mit allen Mitteln zu erstreben und zu fördern“. Möchte dieser Appell den rechten Widerhall finden!

Kugust Siemsen.

Aufruf zur Gründung eines Frauenghore

Wir werden um Abdruck des Folgenden gebeten:

Der Berliner Schubert-Chor, auf immer verbunden mit dem Namen Hermann Scherchen und Jascha Horenstein, ein qualitativ hochstehender Arbeiterchor (Mitglied des Deutschen Arbeiterjüngerbundes) hat, nach einem Vortrag Walter Hänel's, des Musikleiters des Deutschen Arbeiterjüngerbundes, in seiner Generalversammlung beschlossen, sich einen Frauenchor anzuschließen. Er hat mit diesem Beschluß die alten traditionellen Bahnen des reinen Männerchores verlassen und damit bewiesen, daß er die Zeichen der Zeit richtig zu deuten versteht. Mit diesem Aufreiß wendet er sich an eine breitere Öffentlichkeit, und zwar vornehmlich an die jungesreubige und -stundige organisierte Arbeiterschaft Berlins, etwas Großes und Imporierendes im Berliner Chorwesen zu helfen. Der Berliner Schubert-Chor hat Walter Hänel als Chormeister für dieses neu zu schaffende Gebilde gewonnen und bittet alle, die am Aufbau eines vorbildlichen Männer- und Frauenghore mitwirken wollen, sich dem Berliner Schubert-Chor anzuschließen. Der Berliner Schubert-Chor ist der Ansicht, daß im Berliner Arbeiterjüngerbund ein Chor geschaffen werden kann und muß, der entsprechend der Metropole des Reiches vorbildlich für die Provinz sein soll. Bis zur Stunde ist leider das Umgekehrte der Fall. Der Berliner Schubert-Chor vertritt den Standpunkt, daß in Zukunft im Berliner Chorwesen keine Kirch- und Musikpolitik mehr getrieben, keine Ritualität mehr herrschen darf, weil dies eine Zersplitterung wertvoller Kräfte bedeutet. Es gilt, alle Kräfte, die fähig und guten Willens sind, zusammenzufassen, damit die genialen Werke der großen Meister aller Zeiten dem arbeitenden Volke näher gebracht werden können, den Mitwirkenden sowohl als auch den Zuhörern zur Freude und Erhebung. An alle Interessenten ergeht daher der Ruf, kommt und helfe mit einem der Hauptstädte des Reiches würdigen Klangkörper der Arbeiterschaft zu schaffen.

Als Interessenten kommen in Frage: Männerchöre.

Frauenghore, gemischte Chöre sowie Einzelpersonen. Wie sich meldenden Interessenten werden hiermit zu einer Aussprache eingeladen, die am Montag, dem 30. Mai, abends 7 Uhr, im Sportrestaurant Norden-Nordwest in der Behnstraße am Bahnhof Gesundbrunnen stattfindet, in welcher die wichtigsten Fragen resp. der geplante Aufbau klargestellt werden soll. Zuschriften werden erbeten an den Vorsitzenden Franz Sachmann SO. 33, Rantaustraße 36, oder direkt an den Berliner Schubert-Chor, Badstraße 22, Werner-Siemens-Realschule. Die erste Übungsstunde des Frauenghore findet bereits am Freitag, dem 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Werner-Siemens-Realschule in Berlin N., Badstraße 22, statt.

Ein volkswirtschaftlicher Unflut. Es ist offenkundig Notwendigkeit, wenn in einer Volkswirtschaft über 3 Milliarden Reichsmark verbrannt werden, während es gleichzeitig am nötigsten fehlt, z. B. an Wohnungen für hunderttausende Familien. Es ist angesichts der deutschen Jaglungs- und Handelsbilanz ein volkswirtschaftlicher Unflut, Ackerland von der Größe nahezu ganz Badens für Alkoholproduktion zu bestellen. Denn während die so produzierten Luxusgüter im wesentlichen im Inlande konsumiert werden, müssen hochwertige Nahrungs- und Futtermittel vom Auslande eingeführt werden. (Aus der Schrift „Sozialismus und Alkoholismus“, von Dr. Reinhard Weber, 30 Pf., Reuland-Verlag, Berlin W. 8.)

Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin. Die Sonnenwendfeier findet am Sonnabend, dem 18. Juni, im Volkspark Reuthen statt. Das Orchester des Deutschen Arbeiterbundes konzertiert von 8 Uhr an, bei einbrechender Dunkelheit Klänge der Gruppen. Pädagogischer, Gesang des gesamten 8. Bezirkes und anderer Chöre des Deutschen Arbeiterbundes. Der Erziehung für Volkserziehung (Bericht aus Tolkens „Tag des Volkserziehungs“, gemeinverständliche, Sonnabendblätter, Karten zu 30 Pf. und bei allen Gewerkschafts- und Parteifunktionen und in den bekannten Bureaus zu haben. Jeden werden am Wage, Bild zu 30 Pf. abgegeben.

Am Sonntag, dem 28. August, findet auf der großen Wiese in Treptow ein Volksfest statt.

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Norden-Osten.

Kaufhaus R. & S. MOSES Reinickendorfer Str. 9/10 (am Weddingplatz)

Das Haus der großen Auswahl guter Qualitätswaren

VOLKS-FEUERBESTATTUNGS-VEREIN
Vormalig Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin VV & O
1913

UNTER REICHAUFSICHT
GESCHÄFTSGEBIET: DEUTSCHES REICH
MEMELGEBIET UND FREISTAAT DANZIG

HAUPTGESCHÄFTSSTELLE:
**BERLIN NW 40
ROONSTRASSE 4**
RUF: HANSA 1747/48, 8240/41
EIG. VERWALTUNGS-GEBÄUDE

KEIN KIRCHENAUSSTRIFF ERFORDERLICH
NACH EINMONATIGER MITGLIEDSCHAFT
UNBEDINGTEN RECHTSANSPRUCH AUF
KOSTENLOSE, PIETÄTVOLLE BESTATTUNG

MAN VERLANGE KOSTENFREIE PROSPEKTE

Volkspflege
Gewerkschaftlich-Genossenschaftl.
Versicherungs-Aktiengesellschaft

Die
Versicherung aller
Arbeiter und
Angestellten

Auskunft erteilen alle Ver-
trauensleute, sowie
die Rechnungsstelle
Berlin S 42, Ritterstraße 126, I.

Wochenende
erst richtig mit
Sökelands Pumpernickel
Sökelands Roggenschrotbrot

Diese sind überall zu haben,
aber beachten Sie den Namen
„SÖKELAND“

Dauer-Wäsche
Spezialgeschäft
„Schildkröte“
Große Frankfurter Str. 83.

Alfred Ospalski
Sportrestaurant
Cantianstraße
am alten Exerzierplatz, u. d. Schönhauser Allee
Herrlicher Naturgarten
Terrassen, Veranda u.
gemütl. Innenräume
Während der Sommermonate
täglich eraklassisches
Garten-Konzert
Gutgepflegte Biere und
vorzögl. Küche. Solide Preise
Vereinstimmer zu vergeben

BANDAGIST LANGE

Krankenartikel
Bandagen
orthopädische Apparate
medizinische Gerätschaften
Lieferant für Behörden und
Krankenkassen
Eigene Fabrikation
Fernruf: Humboldt 1904

BERLIN N 54, BRUNNENSTRASSE 166

Alles was der Bastler braucht
Keine Lockartikel, sondern unerreichte Billigkeit

Bananenstecker 3 Stück —,10, Buchsen, 3 u. 4 mm 4 Stück
—,10, Eierketten Stück —,20, Gummisiederlitz m —,06 Mk.
Kopfhörer, leichte moderne Ausführung
Sano 3,90 statt 7,50, Dr. Nesper 4,25 u. 6,50 statt 9,50 u.
12,50, Osa 4,25 statt 9,—, Lautsprecher Dr. Nesper Perfekt
16,50 statt 28,50, Dr. Nesper Optimum 27,50 statt 36,—, Telag
10,50 statt 27,—, Salon-Hallophon-Gehäuse 12,50 statt 25,—

Akkumulatoren

Leistung	2 Volt	m. Kasten	4 Volt	m. Kasten
5 Amp. Stunden	3,5	—	6,—	—
10	4,15	—	8,15	9,65
16	5,40	6,50	9,85	11,45
32	7,65	8,90	15,85	17,55
44	10,75	12,25	—	20,25

Anoden-Akkumulatoren 10 Volt 3,20

Anodenbatterien
60 Volt 1,30 u. 3,75 90 Volt 5,5 u. 6,50 100 Volt 5,75 u. 6,50

Laut-Radio G. m. b. H., Berlin C 25, Alexanderplatz
(Landsberger Straße 59)
Zweigstellen: Berlin N 59, Boyenstr. 42 (an der
Chausseestraße) Norden 3679; Berlin O 17, Am Schie-
sischen Bahnhof 2, Königstadt 9702.

Fritz Sehnert
Brunnenstraße 31
Beußelstraße 45
Tapeten, Linoleum
Wandstudie

Bier- u. Speisehaus Frankfurter Hof
Frankfurter Allee 313
Verkehrsknoten des Gewerkschaftlers u. des organ. Arbeiters
Säle für Veranstaltungen u. Versammlungen (100—500 Personen)
Großer Naturgarten (1000 Sitzplätze) — Kabarett — Solide Preise
Neue Leitung: Fritz Döhrmann, Franz Bombien.

Möbel-Hasemann
Neue Schönhauser Straße 1
(Ecke Weinmeisterstraße)
Filiale: **Lothringer Straße 25**
(Schönhauser Tor)
Stets 200 aufgestellte Zimmer in
4 Etagen in jeder Preislage
Anfertigung nach eigenen und gegebenen Entwürfen

Arbeiter! Rauch!
unsere Spezial-Marke
„MILETEA“
Ellen... 2 Pl. Extra... 3 Pl.
hergestellt aus rein orientalischen
Tabaken.
Erhältlich in allen Spezialgeschäften.

Treffpunkt
Restaurant Münzhof
Münzstraße 24
Ecke Dragonerstraße
Tereinzimmer für 100 Personen

Sportzelte
aller Art, mit Einrichtungen, ferner Klappmöbel, Zeltbahnen neu und
aus Heeresbeständen, Zeltstühle und Pöbde, Zeltstoffe, Segeltuche und
Markisenstoffe, auch meterweise, sehr billig abzugeben.
Rob. Reichelt Zeltfabrik A.-G., Berlin,
Stralauer Straße 52/38.

Gebrüder Groh
Gegründet 1853
55 eigene Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen Groß-Berlins
10 eigene Dampfmolkereien

Klaviere auf Teilzahlung
sämtliche Blas- und Streichinstrumente
für Arbeiter-Organisationen, Große
Reparatur-Werkstatt unter fachmann.
Leitung, Salten stets frisch, Felle und
Trommelstücke.

Schlüter-Vollkornbrot
Verkaufsstellen gibt auf
Schlüterbrotfabrik Hansa 998

Trinkt
Breithaupt-Weiße

Vincenz Paschek
Gipsstr. 21 und Friedrichstr. 127.
Tapeten
Linoleum
Größtes Spezialgeschäft
Gesundbrunnens
Robert Szilart
Koloniestraße 9

Musikhaus Jdinger
Münzstraße 25 — Bismarckstraße 67
Zupf-, Streich-, Holz- und Blechblas-Instrumente,
Akkordeons, Grammophone, Platten, Bandonions, Jazz.
Eigene Reparaturwerkstatt
Ausführung sämtlicher
Glaserarbeiten
sowie Glas- u. Kittlieferungen
bestellen die Genossen vorteilhaft nur bei der
Großglasererei u. Glashandel, Tel. Nord. 10 98
Berlin N 24, Friedrichstr. 120 u. Moritzpl. 12 78

Krokodil-Restaurationsbetrieb
Brunnenstraße 17
Eigene Schächerei — Großer Mittag- und Abendlich zu
kleinen Preisen — Stimmungsmusik mit großen Ueber-
raschungen.
Ökonom Karl Haase.

HAWAG Heiz- u. Wasseranlagen G. m. b. H.
Heizungs-, Gas-, Bewässerungs- und Entwässerungs-Anlagen in jeder
Art und Größe. — Wiederinstandsetzungen. — Eigene Schweißerei. —
Spezialität: Einrichtung von modernsten Siedungsanlagen mit Heizung
sowie Warmwasserbereitung.

Berlin NO 18, Landsberger Str. 92
Fernspruch
Alex. 9130/31

Die königstädtische Dampf-Wasch-Anstalt
SD 33, Cuvrystraße 1
wäscht gut und billig
Tel. 3618, 8982

Restaurant / Café / Konditorei
„Zum Hackespecht“
Große Frankfurter Straße 68
Vorzügliche Küche u. Getränke

GROSSESTILLATION
GEBR. BRAUER
Rosenthaler Str. 32 und Blumenstr. 101

H. Janzens Im Stadtbad an der
Schillingsbrücke 2
werden Sie erstkl. bedient
Spezialität:
Schönheitspflege • Haarfarben • Pediküre. Erwerbslose 25% Ermäßigung.

Frisier-Salon!

BERLINS GRÖSSTES SEIFEN-SPEZIALHAUS
Seifengroßhandlung
ZUM SPECHT
BERLIN - ROSENTHALERSTR. 13
Tel. Nord. 315 u. 316

Aufnahmen des
Deutschen Arbeiter-Sängerbundes
nur auf
Homocord-Electro-Fernaufnahmen
Überall erhältlich

Bevor Sie Möbel kaufen
besichtigen Sie meine Ausstellung
Zahlungserleichterung ohne Aufschlag, bei Kassa 5%
JULIUS KIWI Tischlermeister
Berlin N, Chausseestr. 60